

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboonimentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 16.— Ml., bei Selbstabholung 14.— Ml. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig  
Telephon für Kontor und Expedition: 22721 und 24596  
Postkonto Nr. 53477 :: :: Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24606

Inseratenpreise: Die gehaltene Kolonelseite oder deren Raum 4.— Ml., bei Platztwist 4.80 Ml.; Familienanzeichen, die gehaltene Seite 3.20 Ml. Reklame-Kolonelseite 16.— Ml. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 22721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigniederhöfe und alle Postanstalten entgegen.

## Das Reichskabinett zur Reparationsnote.

Berlin 24. März. Heute nachmittag stand im Reichskanzlerhaus unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat statt, in dem die durch die Noten der Reparationskommission geschaffene politische Lage zur Erörterung stand. Der Reichskanzler entwickelte in längeren Ausführungen im Anschluß an die Verhandlungen, die vormittags im Reichskabinett stattgefunden hatten, die Richtlinien der von der Regierung eingeschlagenen Politik. Der Reichspräsident stellte am Schlusse der Versammlung fest, daß alle anwesenden Minister mit den vom Reichskanzler dargelegten Richtlinien einverstanden sind. Auf Grund dieser Aussprache und der in den einzelnen Ressorts der Reichsregierung noch fortzuführenden näheren Prüfung der Noten der Reparationskommission wird der Reichskanzler am Dienstag im Reichstag den Standpunkt der Reichsregierung darlegen, nachdem am Montag die nach Berlin geladenen Ministerpräsidenten der Länder Gelegenheit gefunden haben, sich zur politischen Lage zu äußern.

## Die Reparationsnote und England.

Nachdem sich nunmehr auch die Auffassungen der deutschen Parteien gegenüber der Reparationsnote geklärt haben, so daß heute nur die rechtlosenenden Zeitungen den Ton der nationalistischen Urentwegten beibehalten haben, macht sich auch in englischen Kreisen eine sehr zurückhaltende Stellungnahme bemerkbar. Der Londoner Vertreter des W. T. B. berichtet über Mitteilungen, die ihm von gutunterrichteter britischer Seite gemacht worden seien. Es wird dort verucht, die Bedeutung der Reparationsnote für die Gestaltung der Finanzverhältnisse herabzumindern, insbesondere wird erläutert, daß die Note im englischen Sinne durchaus nicht den Charakter eines Ultimatums trage. Darüber besticht der Vertreter des W. T. B. folgendes:

Vor allem gehe nicht aus der Note hervor, daß sie ein Ultimatum darstelle. Falls die deutsche Regierung nach eingehender Prüfung der Note zu der Überzeugung gelangen sollte, daß verschiedene Punkte der Aufführung bedürfen und daß sie sich aus diesem Grunde an die Reparationskommission wenden müsse, so sei nicht einzusehen, weshalb die Tür als geschlossen betrachtet werden sollte. Was die Lieferungen in Waren betreffe, so bedeuteten die darauf bezüglichen Bestimmungen, daß die nicht erfüllten Sachleistungen im Jahre 1922 nur in dem Maße in Gold verlangt werden würden, wenn die Sachleistungen vorläufig unterschieden seien. Man denke nicht an eine Ottomannierung Deutschlands, sondern lasse der deutschen Regierung im Gegentheil genügende Bewegungsfreiheit, um nach eigenem Ermessens den deutschen Staatshaushalt aufzustellen. Es sei nicht einzusehen, weshalb nicht bezüglich der in der Note der Reparationskommission erwähnten Termine zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission verhandelt werden könnte.

Die englische Presse veröffentlichte am gestrigen Tage eine Deckschrift Lloyd Georges, die dieser am 25. März 1919 der Friedenskonferenz in Paris vorgelegt hatte. Es heißt darin u. a.:

Der Friedensvertrag dürfe nicht wie der von Frankfurt einen neuen Krieg in sich tragen, sondern müsse einen dauernden Frieden schaffen und die verschiedenen Räumen müssen, soweit wie möglich, in ihr Mutterland zurückgeführt werden. Die Zahlungen der Reparationen müssen mit dem Verhwinden der Kriegsgeneration beendet sein. Die deutsche Regierung müsse beim Unterzeichnen des Vertrags das Bewußtsein haben, daß sie die übernommenen Verpflichtungen erfüllen kann. Sobald Deutschland die Friedensbedingungen angenommen habe, müsse ihm der Weltmarkt auf der Grundlage der Gleichberechtigung geöffnet werden und sein wirtschaftliches Wiederaufleben müsse mit allen möglichen Mitteln erleichtert werden.

Diese seinerzeitigen Gedanken standen freilich nicht immer im Verhältnis zu den Forderungen, die man dem deutschen Volke auferlegt hatte. Sie erwiesen durchaus nicht das Bewußtsein, erfüllbar zu sein.

Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß die deutsche Regierung durch den Botschafter Dr. Meyer in Paris habe anfragen lassen, ob in den 60 Milliarden Steuern, die in der Noten der Reparationskommission gefordert werden, der Ertrag der Zwangelei mit eingerechnet sei.

## Die englischen Sachverständigen über die neuen Forderungen.

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldung des United Telegraph ist man in den Kreisen der englischen Sachverständigen mehr und mehr zu der Überzeugung gekommen, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine Vergrößerung der Reparationsleistungen auf sich zu nehmen und daß dies, falls es überhaupt möglich wäre, auch für England schädlich sei. Man will deshalb vorschlagen, unter Ausnutzung des deutschen Kredits, der in England immer noch sehr gut sei, eine internationale Anleihe zugunsten Frankreichs aufzunehmen, um Frankreich die von ihm geforderten Zahlungsmittel zu beschaffen. Als Gegenleistung wird man von Frankreich verlangen: Räumung des Rheinlands, völlige Abrüstung und Aufgabe der englandseitlichen Politik in Ägypten und Kleinasien.

## Der Kampf gegen den Achtstundentag.

Die Orgelschüler erstreben eine Intervention Englands. München, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Sitzung der Drentz, einer Unterausschüttung der Orgelschule, welche am Mittwoch stattfand, verlangten Vertreter der Industrie, daß in der Frage der Reparationen auf England eingewirkt werden müsse, von der deutschen Regierung Abschaffung des Achtstundentags zu verlangen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch Stinnes bei seinem letzten Besuch in London die Angelegenheit angeschritten hat. Ferner ist zu vermuten, daß Kreise der Industrie und der Rechtspartei, die verwandtschaftliche Beziehungen in England haben, dort ebenfalls ähnliche Beeinflussungen versuchen.

## Der Kampf gegen den Achtstundentag in Frankreich.

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Vorwärts sich aus Paris melden läßt, hat gestern der blägerlich-radikale Abgeordnete und frühere Arbeitsminister Godart in der Arbeitskommission der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Regierung auffordert, dem Verleumdungsfeldzug einer bestimmten Presse gegen den Achtstundentag entgegenzutreten. Nach Anhörung der Ausführungen beschloß die Kommission, drei Führer der französischen Gewerkschaften, nämlich Jouhaux, den Generalsekretär der CGT, Mertheim, den Sekretär des Metallarbeiterverbands und Rivelli, den Sekretär des Hafenarbeiterverbands für ihre nächste Sitzung als Sachverständige einzuladen.

## Neue Schwierigkeiten in Genf.

Genf, 24. März. Die deutschen und die polnischen Bevölkerungen beendigten heute gemeinsam mit dem Präsidenten Galander in nicht öffentlicher Sitzung die offiziellen Verhandlungen über die bisher noch stützende Punkt. Bezuglich des Artikels 256 des Versailler Vertrages wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Frage der Auslegung dieses Artikels nicht der Zuständigkeit der in der Genfer Note vorgesehenen internationalen Instanzen unterliegt. Ebenso wurde eine Einigung über die Zuständigkeit dieser Instanzen für die Zollfrage herbeigeführt. Über die Kompetenz der gemeinsamen Kommission für den Minderheitsenschutz sind aber noch Besprechungen zum Zwecke der Einigung im Gange. Dagegen durften die kleineren Zollfragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, endgültig unter den Stichentscheid des Präsidenten fallen.

Diese leichten Meinungsverschiedenheiten verlieren aber an Bedeutung angesichts der eigenartigen Wendung, die die Verhandlungen infolge der Haltung der Polen in der Liquidationsfrage im Laufe der gestrigen Vollversammlung genommen haben. Die Erwartung des Präsidenten Galander, daß sich hier noch eine Einigung erzielen lassen werde, hat sich heute nicht erfüllt. Der polnische Bevollmächtigte beharrte vielmehr auf seinem Standpunkte, wonach die deutsch-polnische Konferenz für die Liquidationsfrage nicht zuständig sei. Das ist natürlich eine Auffassung, die sowohl den Präsidenten der Konferenz als auch die deutsche Abordnung vor eine neue Situation stellt.

Eine weitere Meldung besagt: Die Olszewski auf die Bitte Galanders, die jäh abgebrochenen Einigungsverhandlungen in der Liquidationsfrage wieder aufzunehmen, plötzlich den Einwand der Unzuständigkeit erhoben hat, so ist zur Zeit die Grundlage für weitere Verhandlungen über diesen Punkt entfallen. Reichsminister a. D. Schäffer hat daher befürchtet, nur diejenigen Mitglieder seiner Abordnung, die für die Beratungen über Redaktion und Überarbeitung des Vertragsentwurfs erforderlich sind, in Genf zu bestellen und sich mit den übrigen Mitarbeitern nach Deutschland zurückzuziehen. Er wird dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen über die jetzt kritisch gewordene Sachlage berichten und erst nach Genf zurückkehren, wenn günstigere Voraussetzungen für neue Verhandlungen über die Liquidationsfrage gegeben sind oder der Schiedsspruch Galanders zu erwarten ist.

## Die Entfernung des Stillen Ozeans.

Die Schlussberatungen vor dem amerikanischen Senat. Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern begannen im amerikanischen Senat die Schlussberatungen über den Vertrag, der zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Japan zur Aufrechterhaltung des Friedens im Stillen Ozean geschlossen wurde. Eine Mehrheit für den Vertrag ist jedoch nicht. Eine Klausur wurde angenommen, die besagt, daß der Vertrag die Vereinigten Staaten weder zu einem Bündnis, noch zu einer bewaffneten Allianz, noch zur Teilnahme an fremden Vertheidigungsmaßnahmen verpflichtet.

Washington, 25. März. Der Senat hat den Vertrag der vier Mächte über den Stillen Ozean mit 67 gegen 7 Stimmen ratifiziert.

## Ruhlands Kostenrechnung für den Ukraine-Feldzug.

Charlow, 21. März. (DA.) Nach Dokumenten, die die Odessaer Archivkommission der Sowjetregierung vorgelegt hat, erreichten die Schäden, die das Gouvernement Odessa durch die österreichisch-deutsche Invasion erlitten hat, die Summe von 1 Milliarde Goldrubel. Auch die Schäden, die das Gouvernement Odessa durch die Entente-Interventionen erlitten hat, werden jetzt zwecks Annahme in Genua festgestellt.

Da in der Meldung nur von den Schäden im Gouvernement Odessa die Rede ist, läßt sie sich die aufzustellende Gesamt-Schädenrechnung noch ganz wesentlich erhöhen.

## Eine Kampfanlage der Brotwucherer.

In Berlin sind vor einigen Tagen die Vertreter der Länder, unter ihnen eine Unzahl Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, beisammen gewesen, um über die Getreidebewirtschaftung und die Kartoffelversorgung im nächsten Wirtschaftsjahr zu beraten. Nach dem veröffentlichten Bericht waren die Versammelten wegen der Getreidewirtschaft mit Ausnahme des Vertreters eines Landes, das die Stellungnahme sich vorbehält, der Auffassung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Endziel, der freien Wirtschaft, noch nicht zugesteuert werden könne, daß vielmehr der Abbau den Zeitverhältnissen Rechnung tragen müsse, und daß diese eine völlige Freigabe des Getreides für das nächste Wirtschaftsjahr noch nicht gestatten. Demgemäß sprach sich die Versammlung für eine Umlage auch im nächsten Wirtschaftsjahr aus. In einer kleinen kurzen einzuvernehmenden Referatenbesprechung soll mit den Ländern an der Hand ihnen vorzulegenden Materialien eine Erörterung über die Grundzüge einer entsprechenden Gesetzesvorlage stattfinden. Bei Besprechung der Kartoffelversorgung wurden die Mängel der diesjährigen Verorgung dargelegt und allseitig anerkannt, jedoch wurde auch auf die Schwierigkeiten einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft und auch der Einführung einer Kartoffelzulage nachdrücklich hingewiesen, insbesondere auch auf das Risiko und die Schwierigkeiten, die den Gemeinden erwachsen. Die Konferenz machte noch keine bestimmten Vorschläge. Sie einigte sich aber auf die folgende Entschließung:

Die Vertreter der Regierungen der deutschen Länder sind einmütig der Auffassung, daß die von der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1921 der Bevölkerung in Aussicht gestellte ausreichende Versorgung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen nicht erreicht worden ist und daher ein Weg gefunden werden muß, für das Wirtschaftsjahr 1922 eine Verbesserung der Versorgung der Nichtselbstversorger sicherzustellen. Das Reichsnährungsministerium wird erucht, geeignete Vorschläge zu machen und das diese Vorschläge begründende Material in allerhöchster Zeit den Ländern augehen zu lassen. In einer noch im April stattfindenden Besprechung der Vertreter der Länder wird endgültig zu dieser Frage Stellung zu nehmen sein."

Die Stellungnahme der Konferenz, insbesondere das Verlangen nach der Beibehaltung des Umlageverfahrens für Getreide im kommenden Wirtschaftsjahr, hat bereits die helle Wut der profitwütigen Agrarier ausgelöst. Unter der Überschrift: "Weg mit der Umlage — für freie Wirtschaft!" bringt das Zentralorgan für den organisierten Brotwucherer, die Deutsche Tagesszeitung, in fetter Schrift einen flammenden Protest. Es berichtet über Kundgebungen aus allen Gebieten des Reichslandbundes, aus denen der „elementare Willen“ hervorgeht, „für die Verfüllung über Erzeugnisse der neuen Ernte keinerlei legenwirke gebrüderliche Zwang hinzunehmen.“ Mit einer Geduld, wie sie kein anderer Verfussland je gezeigt habe, hätte die Landwirtschaft bisher die wirtschaftlichen Ausnahmegesetze ertragen. Jetzt aber habe das ein Ende. Der Beschluß der Ernährungsminister wirke „aufreizend“ und ein Sturm der Entrüstung werde durch die Landwirtschaft gehen. „Schroffste Verwahrung“ wird gegen das Vorhaben eingelegt und ein einmütiges „Niemals“ der Agrarier wird angekündigt. Drohend wird gesagt, daß eine Umlage im neuen Erntejahr unbedrängbar sei und eine größere Not herausbrechen werde.

Die nimmermehr Landbündler sagen also der Regierung und damit der großen Masse des darbenden Volkes, die jetzt schon unter der ungeheuren Teuerung furchtbart leidet, den rücksichtslosen Kampf an. Unter der völlig freien Wirtschaft droht die Lebensmittelsteuerung geradezu gigantische Formen anzunehmen. Schon jetzt werden für die kommende Ernte von den Händlern Preise gezahlt, die Preise von 60 bis 70 Mark für ein Brot zur Folge haben müssen, wenn Regierung und Parlament so gewissenlos wären, nach den Forderungen der Agrarier die uneingeschränkte „legensreiche“ freie Wirtschaft für Getreide einzulassen. Aber was schert die edlen Landbündler die Not des Volkes. Währung des Krieges konnten sie sich nicht genug über den „Hungerkrieg der Entente gegen unschuldige Frauen und Kinder“ entzücken und jetzt geben sie faltblütig daran, die eigenen Volksgenossen auszuhungern. Sie haben ja früher den Viehstreit angekündigt und eine Landbundorganisation hatte schon vor Monaten einen bis in alle Einzelheiten gehenden Plan entworfen, wie man am wirksamsten die Lebensmittelzufuhr nach den Städten unterbindet und die städtische Bevölkerung aushungert. Dabei besitzt die Gesellschaft noch die Unverschämtheit, in ihrer Kampfanlage von dem großen, uneigennützigen Hilfswerk der Landwirtschaft zu schwärzen, durch das die Ernährung des deutschen Volles, unabhängig vom Ausland, sichergestellt werden sollte. Dieses schon so oft angekündigte „Hilfswerk“ soll aber nur durchführbar sein bei völiger wirtschaftlicher Freiheit, d. h. die hilfsbereite Agrarier wollen die Produktion nur dann steigern, wenn sie, ungehemmt durch irgendwelche gesetzliche Schranken, die Wucherpreise noch weiter erhöhen und ihre Profite ins Ungemessene vermehren können.

Milliarden von Extraprofiten haben die Nimmermehr allein im letzten Jahre beim Getreideverkauf eingeholt. Kaum ein

Ganz der Krise haben sie als Verlängergeldende ihres erzielten Preises abzielt zu haben. Für die Parteien hat sich dabei sie die selbsthaft gebliebenen hohen Preise erhalten. Dazu kommen die enormen Gewinne, die sie beim Verkauf der Kartoffeln und anderer Produkte erzielt haben. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Produzenten ist während des Krieges und nach dem Kriege zu einem Wohlstand gesangt, der ihn in die Lage gesetzt hat, alle die Einrichtungen zu treffen, die zur Steigerung der Produktion erforderlich sind. Wenn die Agrarier trotzdem auch jetzt noch immer wieder mit dem Übergang zur extensiven Wirtschaft rechnen, so sehen sie damit nur die schon seit Jahren — trotz aller Überzeugungen — planmäßig betriebene Sabotage der Ernährungswirtschaft fort. Es wird deshalb die höchste Zeit, daß die Massen des Volkes mit aller Deutlichkeit ihren festen Willen bekunden, daß sie dieses frevelhafte Spiel nicht mehr länger dulden werden.

Das Agrarblatt schreibt, daß schon der Beschuß der Ernährungsminister aufstreitend auf die Landhändler gewirkt habe, die Agrarier mögen sich aber einmal vorstellen, wie aufstreitend ihr wissenschaftliches Treiben auf die Massen der Bevölkerung, für die die Lebensmittelpreise heute schon fast unerschwinglich sind, wirken mag. Glauben diese Herrschäften wirklich, daß die Volksmassen, denen man obendrein alle Kosten des Krieges aufzubürden sucht, auernd ruhig zwischen werden, wie sich die steuerhaften Kraft- und Schrotunter aus der Not des Volkes bereichern? Die Arbeiterschaft ist es, die bis jetzt eine staunenswerte Geduld gezeigt hat. Die ausgezitterten unbemittelten Volkschichten haben aber diese Unzufriedenheit jetzt gründlich satt. Sie fordern mit aller Entschiedenheit, daß mit der verhängnisvollen Ernährungspolitik, die der bisherige Unternehmungsmüller Hermes im Interesse der Agrarier betrieben hat, jetzt endlich Schluss gemacht wird. Sicherstellung der notwendigen Mengen von Brotgetreide und Kartoffeln zu erträglichen Preisen ist das Ultimatum, was die ausgesuchte bösische Bevölkerung unter allen Umständen verlangt.

• • • • •

Der Arbeiterschaft aber zeigt die neue Kampfansage der Agrarier, was sie zu erwarten hat, wenn sie sich nicht endlich dazu aufsetzt, in geschlossener Front den Kampf gegen die von Tag zu Tag drastischer und rücksichtsloser vorgehenden agrarischen und industriellen Ausbeuter anzunehmen.

#### Abgeschreit.

Das Berliner Tageblatt berichtet: Der oldenburgische Ministerpräsident Tanzen verhält sich zu dem Anerbieten, das Reichsernährungsministerium zu übernehmen, vollständig ablehnend. Herr Tanzen will seine Kräfte auch in Zukunft lediglich der oldenburgischen Politik widmen.

Tanzen hat sich in der letzten Zeit mehrfach gegen die freie Wirtschaft ihr Getreide gewendet und ist für die Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens eingetreten. Deshalb ist er von den Agrarier schärfst angegriffen worden. Die agrarischen Blätter haben erklärt, daß sie Tanzen als Ernährungsminister nicht dulden würden. Der Brüder Tanzen bedeutet darum einen Erfolg der Landhändler.

#### Die Ententekonferenzen.

Die Konferenz der alliierten Sachverständigen in London nimmt einen durchaus normalen Verlauf. Weisungsende Beschlüsse sind auch weiterhin nicht gefaßt worden. Nach einer Meldung der Böllischen Zeitung hat man sich nunmehr über die Fassung des Vertrages geeinigt, durch den die Sowjetregierung anerkannt werden soll. Die Anerkennung soll sofort nach der Konferenz von Genf in Kraft treten. Auf Garantien hinzußt der Haltung der russischen Regierung soll nach den vorliegenden Meldungen verzichtet werden, so daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Beschlüsse der Ententestaaten mit Russland in absehbarer Zeit geregelte werden.

Die Orientkonferenz in Paris beschäftigte sich weiter, mit der Frage des Schuhes der Minderheiten. Volmarc, Ford Cunon und Schanzer haben am gestrigen Nachmittag im Quai d'Orsay, dem französischen Außenministerium, eine Sitzung abgehalten, über die folgender offizieller Bericht verbreitet wurde:

Die drei Minister des Auswärtigen haben einen großen Teil der heutigen Nachtagssitzung dem Studium der Frage des Schuhes der Minderheiten sowohl in Asien wie in Europa gewidmet. Über die gesamten Fragen wurde eine Einigung erzielt, die in den Alten und den Griechen später vorzuschlagende Regelung aufgenommen werden soll. Der Völkertribüne, in den die Türken aufgenommen zu werden versuchen werden, sobald sie die Bedingungen des Friedens angenommen haben, wird aufgefordert werden, bei der Anwendung der oben erwähnten Maßnahmen mitzuarbeiten. Die internationale Militärkommission hat den drei Ministern ihre Vorschläge bezüglich der Rüttung von Kleinstaaten unterbreitet, die sie gebilligt haben. Die drei Minister haben also die Prüfung der armenischen Frage begonnen, deren Studium in den nächsten Sitzungen fortgesetzt werden wird.

Nach einer Meldung der TU. hat sich der Vertreter der Regierung von Ankara, Tussuf Kemal Bey, für die Annahme der von der Orientkonferenz gefestigten Waffenstillstandsbedingungen erklärt. Er fordert, daß man ihm die Möglichkeit gebe, auf dem schnellsten Wege nach Ankara zurückkehren zu können. In den griechischen Kreisen von Paris wird ebenfalls geprüft, ob die Bedingungen Annahme finden können. Es ist demzufolge nicht unwahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit der griechisch-türkische Konflikt beigelegt werden wird. Freilich sind zunächst noch starke Hindernisse zu überwinden, insbesondere die Regelung der iranischen Frage, sowie auch die der kommenden Verwaltung in Smyrna.

Die Reparationskommission beschäftigt sich gegenwärtig mit der Ratifizierung der drei Leistungsovereinigungen, und zwar mit dem deutsch-französischen Vertrag, der durch Rathenau zum Abschluß kam, ferner mit dem Vertrag Kunze-Bemelman, nach dem die Sachleistungen der unmittelbaren Kontrolle der deutschen Regierungsstellen entzogen werden sollen, um sie dem freien Verkehr zu überlassen. In Frage kommt ferner noch ein Vertrag, der am 15. März dieses Jahres in Berlin formuliert worden ist. Maßgeblich die Reparationskommission diese Verträge, dann erhalten sie laut den Bestimmungen des Vertrages von Versailles für alle Ententestaaten Rechtsverbindlichkeit.

Nach einer Meldung der Böllischen Zeitung rechnet man in unterrichteten Pariser Kreisen mit einem baldigen Wechsel der Vertretung Frankreichs im Wiedergutmachungsausschuss, ähnlich dem Vorsitzenden Dubois und dem französischen Finanzminister de Lassus. Es bestehen starke Meinungsverschiedenheiten. Man will Dubois vor, daß er es an eigenen fruchtlosen Ideen für die Lösung der Reparationsfrage habe scheuen lassen.

#### Gefahren der Marillen und Garboes? — He.

Wie die Saisoneingabe der Reparationskommission zwischen Krisen, die gesamte deutsche Presse, sowohl die sozialistische, wie auch die bürgerliche, nehm die Angestellten der Reparationskommission mit Wissenscuren und enttäuschten Erwartungen auf, weil die Angestellten diesmal gemeinsam einzugehen, daß sie daraus keinen würden, daß Deutschland keine Verpflichtungen erfülle, und daß sie den Zahlungsdurchschnitt rückgängig machen würden, wenn die deutsche Regierung nicht in kürzester Frist durch Vermehrung der Steuern und Verminderung der Ausgaben durch innere und äußere Ordnung in ihre Finanzen bringe. Doch das deutsche Volk verpflichtet sei, hart zu arbeiten und sich ernstliche Entbehrungen auszuvergehen, daß die deutsche Industrie und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vornehmende Lasten zu tragen, das sei die Klarheit selbst. Aber wer trage dann Schuld? Die Perspektive sei für die Deutschen aller Klasse und aller Parteien ungünstig. Aber im Jahre 1914, in dem Augenblick, in dem die Deutschen Seele die französischen Provinzen verwüsteten, hätten sie das sagen sollen.

Der Text ist schrift: Wenn es uns gelingt ist, eine Meinung auszusprechen, so würden wir wünschen, daß man nicht zu sehr eilig zu brutalen Gefällen kommen möchte. Man möge etwas der Erfahrung überlassen. Was nun die festgesetzten Zahlungstermine angeht, so wird, wie schon früher gemeldet wurde, Deutschland verpflichtet sein, die Fehlbelastungen in den Säulenstellungen durch Vorleistungen zu vervollständigen. Die Erhebungen der englischen Regierung auf die deutschen Einfuhren werden durch das Sacheinschließungskomitee überwacht werden. Der Unterschied der Summe, die Deutschland nach dem Londoner und nach dem jüngsten Zahlungsplan bezahlen müßte, werde zu fünf Prozent vergrößert werden. Die Reparationskommission wird Ende Mai die Ausführung der von Deutschland gesuchten Garantien prüfen. Wenn diese nicht bekräftigend sein wird, wird sie die nach dem Londoner Zahlungsplan zu bezahlende Summe innerhalb 14 Tagen fordern.

Im Echo National schreibt Tardieu: Die Reparationskommission hat sich von der demütigen Rolle befreit, die sie 1921 in London spielte. In vielen Punkten ist es den Bevölkerungen an Wohlmeintheit. Es ist klar, daß die Reparationskommission sich erst an die Arbeit gesetzt hat und daß sie noch nicht zum Handeln bereit ist, aber sie erinnert sich an die Pflichten und Rechte, die ihr der Bevölkerung übertragen gibt, oder wenigstens einiger derselben. Es gibt aber noch einige Artikel, deren sie sich noch nicht erinnert und die ihr in Erinnerung gebracht werden müssen."

Der Figaro führt aus: Die volle Last, die der Beschuß der Reparationskommission Deutschland auferlegt, beläuft sich auf 220 Millionen Papiermark. Es wird Rathenau nicht schwer fallen, zu beweisen, daß diese ungeheure Lasten nicht durch Steuern aufgebracht werden können, die schon verdoppelt wurden. Es scheint übertrieben, von einer freiwilligen Sabotage der deutschen Finanz den Staat zu sprechen. Eine Sabotage existiert vielleicht, aber die finanzielle Anordnung ist gegenwärtig so ernst, daß der Wunsch, das Uebel zu heilen, wahrscheinlich als aufrichtig angesehen werden kann.

Der Berichterstatter der Londoner Times schreibt, die Finanzprogramme der Reparationskommission würden von allen Seiten als unmöglich und das Garantiesystem als mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet. Die nachdenklichen Leute, mit denen er in Berlin gesprochen habe, hofften, daß die letzte Note nicht als ein Ultimatum, sondern als Grundlage zu weiteren Verhandlungen aufsehen werde. Unter Hinweis darauf, daß in parlamentarischen Kreisen bereits von der Möglichkeit einer Regierungspolitik gesprochen werde, schreibt der Korrespondent, die Leute, die die Lage unbefangen betrachten, hofften ernstlich, daß es in sich dazu kommen werde. Bei allen Schwüren und Mängeln bleibe die augensichtliche Koalition unter Dr. Wirth noch immer die größte Auseinandersetzung und jede Alternative noch links oder rechts würde wahrscheinlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Die neue Lage sei so plötzlich gekommen, daß es nur möglich sei, ihre unmittelbare Wirkung abzuschwächen.

#### Zur Gemeindereform in Sachsen.

Neben dem von der Pressabteilung der Staatskanzlei verhandelten Artikel über den Entwurf zur Gemeindereform hat nun Genosse Lipinski noch einen verfaßt, der sich im großen und ganzen mit dem von der Staatskanzlei verhandelten deckt und den wir bereits gebracht haben. Zum Schluß seines Artikels aber wirdet sich Genosse Lipinski gegen eine Wendung in Artikel des Genossen Dr. Freund, den wir ebenfalls gebracht haben, was uns veranlaßt, die Anerkennung des Genossen Lipinski wiederzugeben, er sagt da:

"In dem durch den Zollungsdienst verbotenen Artikel: Die Thüringer Kreis- und Gemeindeordnung des Ministerialrats Gündl, Weimar, heißt es:

In Sachsen hat man leider im Gegenzug zu dem ersten Entwurf, der den leitenden Beamten auch noch sehr große Rechte einräumt, den jetzt vorliegenden Entwurf einer Gemeindeordnung den gehätschelnden Beamten wieder außerordentlich weitgehende Rechte eingeräumt, die die Möglichkeit des Autokratentums nach allen Richtungen hin ausüben. Es ist bedauerlich, daß die beiden benachbarten Länder, die doch auch politisch sich so nahe stehen, nicht zu einheitlichen Grundlagen ihrer inneren Verwaltung gekommen sind, um so mehr, als nach Abschaffung aller Anhänger des Einheitsstaats die ganze Materie für Deutschland einer einheitlichen reichsgelehrten Regelung unterzogen werden sollte, aber besser in der Reichsverfassung hätte unterzogen werden müssen.

Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Auf Anregung des Ministers Lipinski, Sachsen, wurde in der Ministerbesprechung der Länder Anhalt, Braunschweig, Sachsen und Thüringen am 12. Dezember 1921 die Gemeindereform behandelt. Der Ausprache lagen Beiträge des Ministers Lipinski zugrunde, die gebilligt wurden. Außerdem hatte Ministerialrat Freund, vor seinem Amtsantritt, mit Minister Lipinski in Dresden eine längere Aussprache über die Grundzüge der Gemeindereform, die eine wesentliche Vereinbarung ergab. Wenn keine gleichlautenden Gemeindeordnungen für Sachsen und Thüringen aufgestellt würden, so liegt das an der verschiedenen Struktur und Entwicklung der Gemeindeverwaltungen und der Länder. Die Gemeindeordnung für Sachsen ist im Entwurf fertig, vom Gesamtministerium verabschiedet und dem Landtag zugestellt worden. Sie entspricht inhaltlich den im Januar vom Parteitag aufgestellten Richtlinien.

Ohne der Erwiderung des Genossen Freund vorzugreifen, wollen wir bemerken, daß ihm wahrscheinlich der Entwurf vorliegt, der jetzt nochmals umgearbeitet wurde und der in der Tat die Gemeindeverwaltung zum Träger der Gemeindepolitik gemacht hat, nicht aber die durch die Einwohnerheit gewohnte Gemeindevertretung. Sodann uns der umgearbeitete Entwurf selbst vorliegt, werden wir ihn vornehmlich und sachlich beharren und dabei urteilen, ob er den vom Leipzigischen Parteitag aufgestellten Richtlinien zur Gemeindepolitik entspricht.

#### Die Reichsentschädigung an die Gemeinden.

Berlin, 24. März. (TU.) Zur Verleihung der 6 Millionen Goldmark als Entschädigung der Gemeinden für den durch den Wegfall der Bevölkerung des Mindestinkommens hervorgerufenen Ausfall beschloß der Reichstag, die Bevölkerungsanzahl der Länder als Maßstab heranziehen. Es handelt sich nur um die Oberverteilung an die Länder, die dann die Unterverteilung an die Gemeinden vornehmen. Ein Antrag Preußens, die Verleihung durch eine Kombination, halb nach der Bevölkerung und halb nach der Fläche der Länder vorzunehmen, wurde wie im Ausschuß so auch im Plenum nach langerer Debatte abgelehnt.

#### Die Machtvor der Regierung.

Auf die wiederholten Aufrufe unserer Reichstagsfraktion, welche folgen die Reichsregierung aus den neuzeitlichen gegen den Reichsfinanzminister Hermes erhobenen Beschuldigungen zu ziehen gebietet, ist der Fraktion folgendes Schreiben des Reichstagspräsidenten zugegangen:

Berlin, den 22. März 1922.  
An die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten,  
zu Händen des Herrn Abgeordneten Eppen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten hat durch Schreiben vom 10. März und vom 13. März 1922 die Reichsregierung um Stellungnahme zu den in dem erheblichsten Schreiben gemachten Mitteilungen erucht.

Wie der Reichstagsfraktion bekannt geworden sein wird, hat der Reichsminister Dr. Hermes gegen die Freiheit Schilderung aufgestellt, weil er in den veröffentlichten Erörterungen um die in dem Schreiben vom 10. März angeführten Mitteilungen erachtet.

Wie der Reichstagsfraktion bekannt geworden sein wird, hat der Reichsminister Dr. Hermes gegen die Freiheit Schilderung aufgestellt, weil er in den veröffentlichten Erörterungen um die in dem Schreiben vom 10. März angeführten Mitteilungen erachtet.

Bei dieser Sache, die die volle Gewalt für eine erschöpfende Klärung des Falles bietet, hält es die Reichsregierung für angezeigt, den Spruch des Gerichts und das Ergebnis der Untersuchung durch den Reichstagsausschuß abzuwarten.

Hochachtungsvoll

Wih.

Die Reichsregierung will also ihre Stellungnahme bis zur Entscheidung des Gerichts wie auch bis zum Ergebnis der durch den eingezogenen Reichstagsausschuß eingeleiteten Untersuchung zurückstellen. Das kann unter Umständen sehr lange dauern, namentlich, wenn die Reichstagskommission auch die neuzeitliche Anklage gegen Hermes mit derselben Langeweile behandeln sollte, wie die bereits vor Jahr und Tag erhobenen, die sich bekanntlich noch immer im Stadium der Untersuchung befinden. Oder sollte die Mohrenwörte wirklich so große Schwierigkeiten bieten? Dieser Schluß wäre immerhin zulässig und gäbe Grund zu Bedenken. . . .

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem vorliegenden Schreiben des Reichstagspräsidenten legt die Freiheit, daß dieses Schreiben die Bestätigung enthält, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, jetzt von sich aus zu den gegen Dr. Hermes vorgetragten Anklahungen Stellung zu nehmen. Sie setzt sich nicht in Widerspruch zu der Haltung, die die Reichsregierung im Oktober 1920 eingenommen habe. Damals beschönigte man Herrn Hermes seine persönliche Ehrenhaftigkeit. Wenn die Reichsregierung jetzt keine Stellung nimmt, so bestärkt sie damit den Eindruck, daß es diesmal bei einer Untersuchung nicht gelingen will, zu der Feststellung der persönlichen Ehrenhaftigkeit zu kommen. Diese Schlusfolgerung sei um so berechtigter, da das Schreiben des Reichstagspräsidenten einen erheblichen Tatsachenbericht enthält. Es wird behauptet, Herr Hermes habe Strafanträge gegen die Freiheit wegen verleumderlicher Beleidigung gestellt. In Wahrheit klage Herr Hermes nur wegen des Gebrauchs zweier Ausdrücke „Beschleunigungsrecht und Korruptionsminister“, er habe aber die von der Freiheit veröffentlichten Tatsachen nie bestritten, so daß das Kabinett sehr wohl die Möglichkeit gehabt hätte, zu dieser Tatsache ein Urteil abzugeben. Eine Ehrenrettung für Dr. Hermes, sagt die Freiheit weiter, ist deshalb dieses Schreiben der Reichsregierung ebenso wenig, wie ihre bisherigen Schreiben.

#### Der gefährlichste Feind der Kommunisten.

Aus einer Rede Lenins.

Wir berichteten bereits vor einiger Zeit über eine Rede, die Lenin auf einem Kongreß der russischen Metallarbeiter hielt. Nunmehr wird der zweite Teil seiner Rede bekannt, die durch eine Korrespondenz der deutschen Oeffentlichkeit übermittelt wird. Darin heißt es:

„Wir müssen die Regierungsmaschine so gestalten, daß an der Spitze wichtiger Ämter nicht Männer stehen, die auf diesem Gebiet nichts verstehen. Unsere Kommunisten sind ja lauter praktische Kerle, aber für die praktische Arbeit taugen sie nicht. In der Theorie ist bei uns alles so vorzüglich, daß der praktischste Deutsche davon keine Freude haben möchte, aber in der Praxis geht alles drunter und darüber, und niemand weiß, woher er eigentlich verantwortlich ist. Wir haben zwar eine große Anerkennung der Kerne, die durchaus gerechtfertigt ist. Hunderttausende haben wir zum Teufel gejagt. Das war gut, aber das genügt noch lange nicht. Hunderttausende müssen noch praktische Schritte erleben. Wir brauchen ausführliche Leute, die wirklich praktisch können und wollen. Unter gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtiger und verantwortungsvoller Verwaltungsstelle sitzt. Von diesem Feind müssen wir uns und den Staat befreien. Die große bevorstehende Reinigung gilt den Parteiführern, die sich auch für Administratoren halten. Das sind die großen Propagandisten und Agitatoren, die zwar alles niedergezurufen verstanden, aber unfähig sind, neuen an seine Stelle zu setzen. Ihr ganzes Tageswerk besteht in der Erfindung von neuen und immer schöneren Theorien. Die Kleinarbeit des Alltags interessiert sie nicht, ist ihnen lästig und beschämlich.“

Es ist nicht unbekannt, daß Lenin nicht selten mit unerhörlicher Strenge auf die offenen Wunden am Körper der bürgerlichen Partei hinaus. Trotzdem hielten wir diesen Teil der Rede Lenins für eine Fälschung. Nachdem nun aber Die Rote Fahne der deutschen kommunistischen Sektionen in Moskau die Richtigkeit dieser Ausschuldungen bestätigt, wollen wir nicht unterschlagen, sie auch unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen.

Zusätzlich empfehlen wir sie unseren kommunistischen Freunden zu angelegentlichem Studium.

#### Ein neues nationalistisches Verbrechen?

Berlin, 24. März. (TU.) Am Spätnachmittag des 22. März fuhr der 25jährige belgische Oberleutnant Gras, der Sohn eines belgischen Generals, von Ruhrort nach Hamborn. Bei der Haltestelle Hahnstraße stiegen über ihn, gutkleidete Leute auf die Straßenbahn. Einer dieser jungen Leute öffnete die hintere Wagentür so weit, daß er die Faust durchstoßen konnte, und gab zwei Schüsse auf den Offizier ab. Die jungen Leute sprangen dann vom Wagen herunter. Der Attentäter blieb auf der Straße stehen und schoss von dort aus noch dreimal auf den Offizier und brachte ihm schwere Verletzungen zwischen den Schulterblättern und dem rechten Hinterkopf bei. Der Offizier war sofort tot. Die Verwaltungsbehörde hat infolge dieses Vorfalls den verschärften Belagerungsstand über Hamborn verhängt. Bislang fehlt noch jeder Anhaltspunkt für die Ergreifung des Täters und seiner Gesellen.

Die Umstände, unter denen der Anschlag erfolgte, lassen darauf schließen, daß es sich um einen neuen Versuch einer nationalistischen Mordpartei handelt. Den Nationalisten in Frankreich und Belgien wird die Mordtat gerade im jetzigen Augenblick sehr gegangen kommen.

# Sämtliche Steuervorlagen in zweiter Lesung angenommen.

## Bergewaltigung der Opposition durch die Mehrheitsparteien.

Sitzung vom 24. März 1922.

Die Sitzung wird 12 Uhr 45 Minuten vom Präsidenten Löbe eröffnet.

### Kleine Anfragen.

Abg. Horn (NSDAP): Welches Resultat haben die Untersuchungen wegen der Wasserschleusungen in Stettin, an denen u. a. auch zwei aktive Offiziere beteiligt waren, gehabt, und welche Strafen sind daraus verhängt worden?

Eine Regierungserklärung: Einer der Angeklagten ist verstorben. Gegen die beiden Offiziere schwelt das Verfahren. Das Gericht ist beauftragt, die Sache beschleunigt zu erledigen.

Abg. Weltz (Demokr.): Ist die Regierung bereit, endlich durchgreifende Maßnahmen zu treffen, damit nicht ein großer Teil der Preise durch die gegenwärtige Notlage zur Stilllegung oder zum Verfall gezwungen wird?

Überregierungsrat Langer: Die Notlage des Zeitungsgewerbes beruht auf der Geldentwertung. Eine Senkung der Zeitungspreise und ein Verbot der Ausfuhr können nur bedingten Erfolg bringen. Die Reichsregierung wird beschleunigt versuchen, eine Regelung herbeizuführen.

Abg. Hölslein (NSDAP): Ist die Reichsregierung mit der Auslegung der Gemeinde- und Kreiswohlfahrtsoämter im Regierungskreis Mecklenburg einverstanden, nach denen die aus den Gewerkschaften oder Arbeitshäusern entlassenen Märschkämpfer von der Wettbewerbsförderung der Arbeitsmänner und von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen sind?

Eine Regierungserklärung: Die Regierung hat die Landesbehörde um Auskunft ersucht. Das Material ist noch nicht eingegangen. So kann also eine Antwort nicht gegeben werden.

Abg. Dr. Rosenthal (NSDAP): Beabsichtigt die Reichsregierung, das Streikrecht der Beamten zu befristen? — Ein Regierungserklärer: Es sind Erwähnungen im Gange. Genaueres kann noch nicht mitgeteilt werden.

Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Von den übrigen Parteien mit Einschluss der Rechtsparteien ist eine Protestentschließung gegen die Einverleibung einer Anzahl ostpreußischer Gemeinden in den polnischen Staat eingereicht worden.

Präsident Löbe: Das Vorzeichen der Entente verleiht das Selbstbestimmungsrecht der Völker so oft, dass alle Parteien in Ostpreußen, ohne Ausnahme, und die ostpreußischen Körperchaften sich einmälig dagegen gewandt haben.

Die Entschließung wird ohne Debatte angenommen.

Zwischen den Ententestaaten und Deutschland wurde ein Vertrag abgeschlossen hinsichtlich der Verfassung auf der Donau. Der Vertragabschluss erfolgte auf Grund des Versailler Friedensvertrags. Der Reichstag nimmt den vorliegenden Entwurf ohne Debatte an.

### Fortschreibung der Steuerberatung.

Die Konservativen nach einer dreistündigen Obstruktionsrede des Kommunisten Nemecke abgebrochene Beratung des Gesetzes über Erhöhung von Zölle wird fortgesetzt.

Abg. Frau Nemec (NSDAP): Man sieht die Erhöhung der Zölle aus Kasse mit der Behauptung zu begründen, es sei ein Gewissensfehl. Das trifft nicht zu. Es ist gleichzeitig ein fett-eisweiß- und klüpfelloses Nahrungsmittel. Die Schokolade, eine Mischung von Kakao, Zucker und seltenen Gewürzen, wird durch die neue Belastung des Kaffees außerordentlich verteuert.

Das wird gesundheitliche Schädigungen bei Kleinkindern und Schülern haben. Daß Schokolade ein Nahrungsmittel ist, wissen am besten die Kriegsteilnehmer. Die Verlängerung wird ansichts der hohen Milchpreise um so schwerer.

Die Frauen in den unbemittelten Bevölkerungsschichten müssen mit Entschiedenheit werden. Gemäß wäre es besser, wenn auch der deutsche Arbeiter gleich seinen englischen Klassengenossen morgens vor der Arbeit eine gute Suppe zu sich nehmen könnte. Aber das ist bei den hohen Lebensmittelpreisen gar nicht möglich.

Schon jetzt kostet ein Pfund Kaffee 90—100 Pf. und wird bald noch viel teurer sein. Würde man der minderbemittelten Bevölkerung zu weiterhin getrocknete und gebrannte Äbber zur Kaffeeherstellung zu verwenden? Uns ist ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtsstaatsfeindschaften ausgegangen. Bekämpfung der Geschlechtsstaatsfeindschaften ohne Bekämpfung der Trunksucht ist nur halbe Arbeit.

Aber der Bekämpfung des Alkoholismus steht die Bekämpfung von Kaffee, Kakao und Tee hindernd im Wege. Auf diese Weise tritt man die Arbeiter dem Schnapsstiel in die Arme. Und muss es nicht anstrengen werden, wenn man in den Schauspielen die schönsten Leiderblümchen sieht, die minderbemittelten sie aber nur erschauen können.

Zur Durchführung der Erfüllungspolitik müssen andere Quellen erschlossen werden. Wir erheben daher erneut die Forderung, der Seinerzeit auch die Rechtsparteien und die Gewerkschaften beigetreten sind, die Schwäche zu erlassen.

Die arbeitende Bevölkerung, die schon ohnehin durch die hohen Lebensmittelpreise auf das Schwere gestellt ist, soll nun auch noch über sich ergehen lassen, daß ihr die notwendigsten Mittel genommen werden. Wir schenken die Vorlage ab. (Weißfall b. d. NSDAP.)

Vor der Abstimmung beweist Abg. Thomas (NSDAP) die Beschlusshoheit. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Abg. Nemec (NSDAP) hält zu dem Entwurf über bestimmte Postleitzifferungen erstmals, eine zweieinhalbständige Obstruktionsrede.

Zur Annahme gelangt ein Antrag der Regierungsparteien, der den Finanzminister ermächtigt, den Zeitpunkt des Inkrafttreffens des Gesetzes zu bestimmen.

### Zuckersteuer.

Franz Schilling (SPD): Die Zustimmung zum Zuckersteuer-

gesetz ist uns am schwersten gefallen. Die Regierungsvorlage legte die Zuckersteuer auf 100 Pf. pro Doppelzentner fest. Der Ausschuss ermäßigte sie auf 50 Pf. Die Herren von der Rechten haben nicht das richtige Verständnis für die Not der Armuten der Armen gezeigt. Genau so wie sie früher den Arbeitern die Rechte verweigert haben, so legen sie ihnen jetzt die durch den vorigen Krieg Deutschland aufgebürdeten Lasten auf.

### Bergewaltigung der Opposition durch die Mehrheitsparteien.

Nach der Rede des Abg. Schilling beantragen die Mehrheitsparteien, eine weitere Befreiung des § 1 nicht zuzulassen. Alle den Antrag stimmen alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten.

Der § 1 wird angenommen. Auch die Aenderung des § 2 wird unter Bedrohung jeder Debatte von den Mehrheitsparteien wieder mit Einschluss der Rechtsparteien unter fiktivem Protest der übrigen Parteien angenommen. Zu § 5 erhält Abg. Starcke (NSDAP) das Wort: Er wendet sich kurz gegen die Bergewaltigung durch die Mehrheit und beantragt, den Artikel V des bestehenden Zuckersteuergesetzes, der die Befreiung der Industriearmee von der Zuckersteuer vorstellt, aufzuheben.

Heraus wird die Bergewaltigung der Mehrheitsparteien in verschärftem Maße vollzogen. Die Mehrheitsparteien beantragen, alle übrigen Paragraphen in gemeinsamer Debatte zu behandeln.

Abg. Frau Agnes (NSDAP): Es ist geradezu ungewöhnlich,

dass man die Opposition auf diese Weise mundtot macht. Es ist einfach nicht zu verstehen, wie die Rechtsparteien eine solch unerhörte Bergewaltigung mitmachen können. Wenn Frau Schilling sich hier hinstellt und gegen die Rechte wettert, so muss ich doch sagen, dass ich ihr dazu nicht das Recht zugestehen kann. Sie

haben doch selber die Kompromisspolitik mildegemacht. Der Zucker ist ein höchst wichtiges Nahrungsmittel. Sie haben wir, und zwar gemeinsam mit den Rechtsparteien, dagegen protestiert, daß in dem Kaiserreich Deutschland die Arbeiter viel weniger Zucker konsumierten hätten, als auf den Kopf der Bevölkerung in England kommt. Man soll doch auch verstehen, welche Rolle der Zucker bei der Kinderernährung spielt. Selbst die Kinder und den Frauen, die Kinder nähren, wollen Sie den Zucker nehmen. Es ist doch unbeschreiblich, daß neben der Milch der Zucker das Haupternährungsmittel für Kinder ist. Durch die Besteuerung nehmen Sie den Süßigkeiten den Zucker. Die Zuckersteuer wird bewirken, dass die unteren Schichten der Bevölkerung nicht mehr in der Lage sind, den Zucker kaufen zu können. Es ist auch zu beachten, dass der Zucker nicht nur entsprechend der Steuer verzerrt wird, sondern dass dabei noch Extrapreise der Unternehmer in den Preis mit einfließen. Wir haben jetzt bereits wieder eine Zuckernot, wie wir während des Krieges gehabt hatten, weil die Interessen der Zucker in der Erwartung großer Preise zurückhalten. Dem Finanzminister soll die Höhe der Besteuerung von Süßigkeiten und Süßwaren überlassen bleiben. Alle politischen Freunde können in den Finanzminister herein, es nicht das Vertrauen seien, dass er diese Festlegung im Interesse der Arbeiterschaft macht. Die Zuckersteuer an Drei-Mark-Wertteilnehmern machen uns dieses Vertrauen unmöglich. Mit den 800 000 Pfand Zucker, die die Weintiefenanstalten bezogen haben, hätte die Stadt Düsseldorf für zwei Wochen beliefern werden können, aber alle die Arbeiter und andre Käufer ihres Zuckers nicht da. Unsere Kinder können körperlich und auch moralisch verkommen. Jedes Kind hat ein natürliches Bedürfnis nach Süßigkeiten. Dieses Bedürfnis lang von den Eltern nicht mehr gestillt werden, und leicht lässt das Kind sich verleiten, einmal etwas zu nehmen, was ihm nicht gehört. Dann schreien Sie (noch rechts) Zepter und Mordio über die verdorbene Jugend. Wir können diesem Gelehrtenwurf unter keinen Umständen unsre Zustimmung geben, weil er dem Volke ungewöhnliche Nachteile bringt. (Weißfall b. d. NSDAP)

Wieder wird die Debatte mit Hilfe der Rechtsparteien abgebrochen. Alle Abänderungsanträge außer denen auf Erhöhung von Strafen bei Zwiderhandlung gegen dieses Gesetz werden abgelehnt.

### Bei dem Gesetz über die

#### Erhöhung der Süßstoffsteuer

ergreift Abg. Ernst (NSDAP) das Wort: Das Süßstoffsteuergesetz ist in einer Zeit geschaffen worden, als der Zuckereindustrie durch die Süßstofffabrikation eine mächtige Konkurrenz erwuchs. Die interessierten Kreise wollten diese Konkurrenz niederschlagen. Wir haben damals dieses Gesetz abgelehnt. Heute müssen wir konstatieren, dass Parteien, die damals gegen das Süßstoffsteuergesetz gestimmt haben, sie die Erhöhung eben dieser Steuer stimmen, um auf diesem Wege die Konkurrenz durch die Süßstoffindustrie auszuhilfen. Durch dieses Gesetz wird verhindert, dass durch eine starke Konkurrenz die Zuckerfabrikanten genötigt werden, ihre Preise herunterzudrücken. Wir beantragen, den § 3 zu streichen und an seine Stelle zu setzen: Die Herstellung und der Abzug oder die Einfuhr von Süßstoff geschieht durch das Reich. Nur durch eine solche Übernahme der Süßstofffabrikation durch das Reich ist eine Einwirkung auf die Zuckerpriise möglich. Wenn dieser Abänderungsantrag nicht angenommen wird, ist es uns unmöglich, dem Gesetz unsre Zustimmung zu geben.

Wieder wird durch Annahme eines Schlussempfangs, auch durch die Rechtsparteien, eine weitere Meinungsverschiedenheit der Opposition verhindert.

Alle Abänderungsanträge bis auf die zur Erhöhung der Strafen bei Zwiderhandlung gegen dieses Gesetz werden abgelehnt.

Beim Abänderungsantrag führt der

Abg. Ernst (NSDAP) aus: Es ist hier nicht die Zeit, zu erörtern, ob Weise moralisch oder unmoralisch ist. Meine Fraktion ist bereit, für dieses Gesetz zu stimmen, wenn sie weiß, in welcher Art die Ausführungsbestimmungen gehalten sind. Im Ausdruck über diese Ausführungsbestimmungen irgend etwas zu erfahren, war unmöglich. Es kennzeichnet die Methode der jungen Steuergefechtigung, dass man den Parteien des Hauses zuwirkt, ein Gesetz zu beschließen, von dessen Ausführung sie keine Ahnung haben. Es handelt sich darum, die bestehenden Zustände auf dem Weltmarkt zu befeiligen. Deswegen ist es eine dringende Forderung, die Nachmacher zu konzentrieren. Ich frage die Regierung an, wie sie zu der Konzentrierung der Nachmacher steht. Eine sehr große Anzahl von Nachmachern muss konzentriert werden, denn sonst kann die Steuerausübung nicht so fließen, wie man es erwartet hat. Im Interesse des Finanzministeriums, des Staates muss gefordert werden, dass die Steuern auf diese Gelehrten einzukommen, und die Gewinne nicht in die Taschen der Konservativen gehen, die gegen dieses Gesetz sind. (Weißfall b. d. NSDAP.)

Abg. Thomas (NSDAP) protestiert erneut gegen die Bergewaltigung der minderbemittelten. Trotzdem wird die Debatte fortgesetzt.

Alle Abänderungsanträge bis auf einen Antrag, der die eine Erhöhung der Strafen bei Zwiderhandlung gegen dieses Gesetz verlangen, werden abgelehnt.

Bei der Kraftfahrzeugsteuer nimmt das Haus nur den Bericht des deutschnationalen Abg. Schiele entgegen. Die Debatte wird wiederum mit Hilfe der Rechtsparteien verhindert. Alle Abänderungsanträge bis auf einen Antrag, der die Kraftfahrzeuge für Landärzte von der Steuer freistellt, werden abgelehnt.

Beim Versicherungssteuergesetz wird nach einer Rede des Abg.

Berlin (D. W.) der Antrag auf Schlag der Debatte wiederum gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Abgelehnt werden alle Abänderungsanträge mit Ausnahme derjenigen, die die Strafzölle bei Zwiderhandlungen gegen dieses Gesetz erhöhen.

Damit sind sämtliche Steuervorlagen der Regierung in zweiter Lesung erledigt.

Die Gesetzeswirke der Sozialdemokraten zur Abänderung des Weinsteuergesetzes und des Schaumweinsteuergesetzes werden dem 25. August überwiegen.

Es folgt die zweite Lösung über die

#### Berlängerung der Demobilisierungsvorordnungen

bis zum 1. Oktober 1922. Nach Ausführungen der Abg. Hense und Schmidts-Koppen erklärt Abg. Karsten (NSDAP): Als hier beschlossen wurde, die Gültigkeit der Demobilisierungsvorordnungen spätestens am 31. März aufzuheben, glaubte keiner, dass eine Verlängerung der Vorordnungen notwendig sei. Eine Reihe Demobilisierungsvorordnungen sind in dieses Gesetz nicht wieder aufgenommen worden. Nebenall, wo es sich darum handelt, den Zwang, gegenüber dem Unternehmer zu befolgen, sind Sie dabei. Aber wo es sich um Grundrechte der Arbeiter handelt, verachten Sie anders. Man verfolgt auch den Zweck, der Landwirtschaftliche Leute zurückzuladen. Wenn die klügeren Leute aus der Landwirtschaft verschwinden, so doch nur, weil sie anderwohl es besser finden und mehr verdienen. (Sehr richtig!) Der zweite Teil der Vorordnung handelt davon, dass Arbeiter erst entlassen werden dürfen, wenn bei Arbeitsmangel die Arbeitszeit auf vier Stunden beschränkt wurde. Das wollen Sie befeiligen. Sie sagen, es liegt im Interesse der deutschen Wirtschaft. Aber hier identifiziert man die Interessen der deutschen Wirtschaft mit den Interessen des Kapitals. (Sehr richtig!) Abg. Schmidts-Koppen erklärt, dass die Vorordnungen über Mahnungen betreffend Betriebsabbrüche und Stilllegungen bestätigt werden sollen. Sie wollen die Vorordnung gestrichen wissen. In einem Zeitalter, wo es zahllose Kapitalistische Gesetze gibt, die aus rein materiellen Interessen die Betriebe stilllegen, während die deutsche Bevölkerung an allem Mangel leidet, wollen Sie dieser Kapitalistischen Gesetzgebung zulassen. Sie wollen alles bestmöglich, was irgendwie an Arbeiterschutz aus der Revolution noch herrscht. Uns genügen die Demobilisierungsvorordnungen nicht. Wir fordern ein einheitliches Arbeiterschutz. Gegen die Aufhebung der Vorordnung im gegenwärtigen Augenblick wenden wir uns mit aller Kraft.

Ein Ministerialdirektor: Es handelt sich ja nicht um die materielle Regelung, sondern um die normale Verlängerung des Übergangsrechts, bis wir mit der Regelung des materiellen Rechts zu Rande gekommen sind. Die Verordnung über die Beobachtung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft hätten wir am liebsten befeiligt. Da aber verschiedene Regierungen ihre Beobachtung willkürlichen, haben wir es den Landesregierungen überlassen.

Abg. Maschahn (NSDAP) tritt ebenfalls für die unbeschränkte Beobachtung der Demobilisierungsvorordnungen ein. — Hierauf wird die Regierungsvorlage in all ihren wesentlichen Teilen angenommen. — Ohne Debatte werden der Ausführungsberatung überworfene zwei Gesetzentwürfe betr. den Haushalt und ein Entwurf betr. Ergänzung des Bevölkerungsgefechtes. (Schluss 8 Uhr. Rücksicht Sitzung: Dienstag, den 28. März. Tagesordnung: Entgegnahme einer Regierungserklärung.)

## Aufruf der Gewerkschaften zur Massenversammlung.

Völkersiede, Achstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung

— das war bei jeder Massenversammlung die Forderung.

### Völkersiede!

Ungeheureliches liegt hinter uns. Die Völker der Welt haben sich zusammengesetzt, obgleich sie nach Frieden schreien. Der Friede kam. Er wurde dictiert von der Gewalt, obgleich der Welt nichts so leicht fehlt als Verständigung. Der Friede von heute ist die Fortsetzung des Krieges in anderer Form. Haben die Massen erst gebüßt, so lassen sie jetzt unter Not und Einschüchterung, Teverung und Wut, lasten auf ihnen. Der Hunger schwinge unerbittlich seine Fackel über dem Proletariat der ganzen Welt. So will es die Gewalt! Erhebt dagegen am 1. Mai, an dem ihr so oft für ihn eingetreten seid, der langen Kampf, die ihr um euren Sieg bringt. Tretet ein für wirklichen Völkersiede und Völkerverständigung!

### Achstundentag!

Der Zusammenbruch, mit dem der Krieg endete, er hat ihn uns gebracht. Er konnte der ihn einnahmenden Arbeiterklasse nicht länger vorhalten werden. Leider sind die armen Freiheit ein Nein! Geschlecht. Die Arbeiter haben mit ihrem Blut und Fleisch geschwungen. Richtungsstreitigkeiten zerstören die Arbeiterbewegung, und immer mehr konnte der Gegner wieder festen Fuß fassen. Und er greift auch nach dem Achstundentag. Seid auf der Hut! Gedacht gerade am 1. Mai, an dem ihr so oft für ihn eingetreten seid, der langen Kampf, die ihr um ihn geführt habt. Verteidigt den Achstundentag!

### Ausbau der Sozialgesetzgebung!

Die Verfassung hat die Arbeitskraft, unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Damit ist in ganz anderen Weise noch nicht geschehen worden, dass der wirtschaftliche Schwäche geblüht werden muss. Aber was geschieht? Viele überlassen werden den Arbeitermassen ausserlegt und damit wird der verfassungsmäßige Grundzustand in sein Gegenteil verkehrt. Hier muss Wandel geschehen werden, wenn das Volk nicht mehr geschädigt werden soll, als ihm durch die Sozialgesetzgebung geholfen werden kann. Wahrt ist aber auch sonst zu machen, was uns versprochen worden ist. Wir fordern am 1. Mai die Verwirklichung des Gedankens, dass die Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krieg, Schwäche und den Verlusten der Lebens in einer anderen Weise als bisher zu schützen sind. Wir fordern das einheitliche Arbeitsrecht und die Sicherstellung des Konkurrenzrechts. Arbeiter demonstriert am 1. Mai für untere Forderungen. Denkt dabei auch an die Stärkung der Gewerkschaften. Rüttelt die Läden und die Sämmigen auf und führt sie euren Verbänden zu. Gestaltet den 1. Mai zu einem eindrucksvollen, würdigen Feiertag der organisierten Arbeiter.

### Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

### Th. Delprat.

### Allgemeiner freier Angestelltenbund.

### Sch. Stähler.

### Der Stand der Valuta.

#### Amtliche Mittagskurse

</

Salus populi suprema lex esto.

# HAEUSSER

erschien am 10. 3. 22. — Der „Haeusser“ „102“ ist sehr voller, inhaltsreicher als 101 — 102 — und doch haben diese beiden Ausgaben eine fast identische Art — — — daß die Auflage von 20.000 Stück auf fast verdoppelt ist und es nötig ist, von jeder Ausgabe noch je 20.000—30.000 Expl. nachzubringen, um allen Anforderungen und ständig manchmal eintretenden Nachstellungen zu genügen! — Das Organ „Haeusser“ steht einzig da in der Geschichte der Presse! Das „Organ Haeusser“ hat keine Anliegen! — Nur gewaltige Texte der Brüder unter den Großen sind darin enthalten! — Auch sehr beispielreiche Artikel steht einzig da in der Geschichte des Zeitungswesens — Man sieht: Hier ist ein Neues! — Hier ist das, was wir brauchen! Starke Worte führt man wehen! Man wird so reich deutlich: Hier ist Die

„Freiheit, die Ich meine“,

## USP. Groß-Leipzig

Megowitz • Lindenau • Schleußig.  
Montag, den 27. März 1922, abends 18 Uhr.  
Mitgliederversammlung im Restaurant Stadt  
Rathaus, Schleußig. Genossen Gutz. Ernst Vorleser  
über Reichswahlgesetz.  
Abreicherl Vertrag wird erwartet. D. G.

## Holzarbeiter - Verband

**Mitarbeiter.** Montag, den 27. März,  
nachm. 19 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung:  
Bericht von den Tarifverhandlungen.

**Dienstende aller Betriebe d. Holzindustrie**  
Mittwoch, den 29. März, abends 7 Uhr.  
Versammlung im Volkshaus, Zimmer 9.  
Tagesordnung: Stellungnahme zu den Wahlen  
zum Gewerkschaftsratwahlen. Stellungnahme  
zu den Wahlen der Betriebsräte. — Dele-  
gierentenarten und mitzubringen. Die Ver-  
sammlung wird pünktlich eröffnet.

**Lehrlinge der Holzindustrie.**  
Freitag, den 31. März, abends 8 Uhr, im  
Volkshaus (Arch. Saal); **Filmvorführung**  
„Die Lüneburger Heide“ mit Vortrag des  
Derra. Prof. Dr. A. Krause. Karten zum  
Normalpreis von 1 Mt. für unsere Lehrlinge  
im Verbandsbüro, Zimmer 61. Ge-  
kündigt werden von 9-12 und 4-6 Uhr.

**Jugendliche Arbeiter u. Arbeiterinnen  
der Holzindustrie** beteiligen sich am Sonn-  
tag, dem 26. März, an  
der Versammlung und anschließenden De-  
monstration des sozialistischen Proletariats  
Jugend. Die Ortsverwaltung.

**Glaeser**  
**Berufsmittlung.**  
Montag, den 27. März,  
abends 5 Uhr, im Volks-  
haus (Gartenzimmer)

Tageordnung: Bericht der Lohnkommission über  
die Verhandlung mit der Innung.  
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte  
Pflicht. Die Lohnkommission.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Leipzig.

**Sektion Eisenhandel.** Montag, den  
7 Uhr, wichtige Versammlung im Volks-  
haus. Bericht über Tarifverhandlungen.  
Auskünften! Titulieren lassen!

**Schreiberverein Neu-Edelweiss e.V.**  
Leipzig-St. Heinrichs.  
Samstag, den 11. April, abends 7 Uhr

**Außerordentliche Generalversammlung.**  
Tagesordnung wird i. d. Versamml. bekanntgegeben. D. G.

**Börsenwirtschaftliche  
Veranstaltungen  
des Reichs-Wirtschaftsmuseums**

vom 5. bis 8. April 1922,  
in der Universität Leipzig  
täglich von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags,  
Mittwoch, 5. April: Kohle und Wärmewirtschaft,  
Dipl.-Ing. zur Rieden; Die deutschen Moore  
und ihre Nutzbarmachung, Oberingenieur Ledet;  
Die natürlichen und künstlichen Rüssigen Brenn-  
holze, Professor Dr. Freiherr von Walther

Donnerstag, 6. April: Die Eisenbahn als Ver-  
kehrsmittel, Prof. Dr. Ritter; Binnenschiff-  
verkehr und Wasserstraßen, und Mittellandkanal, Mi-  
nisterialrat Bauer; Die Ausnutzung der deutschen  
Wasserstraßen und ihre Bedeutung für die Volks-  
wirtschaft, Reg. Baurat Mattern.

Freitag, 7. April: Wirtschaft und Technik, Pro-  
fessor Frey; Normalisierung, Spezialisie-  
rung, Typisierung, Dipl.-Ing. Hellmich;  
Wissenschaftliche Betriebsführung Dr. Niedel.

Samstag, 8. April: Die deutsche Teerfarben-  
industrie und ihre Bedeutung für den Wieder-  
aufbau, Professor Dr. Rallow; Die Stellung  
der deutschen Landwirtschaft in unserem Volks-  
und Wirtschaftsleben, Prof. Dr. Müller; Die Bedeutung des deutschen Waldes  
für die deutsche Volkswirtschaft, Professor Dr.  
von Wammen.

Nachmittagsführungen durch das Reichs-  
Wirtschaftsmuseum.

Teilnehmerkarten für die ganze Vortragsserie  
1 Mt., für die Vorträge eines Tages 20 Mt., er-  
hältlich im Reichs-Wirtschaftsmuseum, Seitzer  
Strasse 8 II, täglich von 8—3 Uhr.

**Salientanwaltsbüro Sack,**  
Leipzig, Brühl 2.

die jedes Herz erfüllt! — Und da bis dato schon  
ca. 40000 vorbereitet sind, so wird der „Haeusser“ Nr. 103  
in mindestens 10000 Exemplaren erscheinen. Tele-  
graphische Verhandlungen mit Süddeutschland, die  
bis zum 10. cr. noch günstig abschließen können  
würden eine Auflage von 100000 „Haeusser“ Nr. 103  
nötig machen, zumal der „Haeusser“ in Süddeutsch-  
land viel bekannter und weit besser eingeführt ist.  
Und da er bei 100000 nicht bleibt, sondern der  
„Haeusser“ das Volkssorgan — das Organ —  
das Blatt aller — ohne Partei-Unterschiede werden  
und von allen gelesen werden wird, die Deut-  
schen lesse erheben bald auch in Frankreich, so  
dass die Auflage des „Haeusser“ auf 10000000  
und selbst 10000000 und es erhält sich schon heute  
das, was ich am 2. und 6. März im „Waterloo“  
sagte, vor vielen Tausenden von Zuhörern mit  
Gewissheit verkündete: nämlich dass die Zeitung  
„Haeusser“ die größte Auflage aller Zeitungen  
der ganzen Welt haben wird — — — darum  
— — — weil der „Haeusser“ ganz rein, ganz  
weiß, ganz parteilos, ganz farbenfrei ist — nicht  
rot — nicht schwarz — nicht gelb — rein! Weiß  
wie ganz frischer Schnee — rein — inafellos  
— ohne Kompromisse — frei — treu — ehrlich  
— unbedingt — wahr — das ist der „Haeusser“ und

dann lesen bald Millionen und Millionen  
eine Zeitung! Darum auch hören Hunderttausende  
„Haeusser“ und ist kein Saal groß genug, um die  
mit wahren Beispielen nach der Wahrheit all-  
zeit rede am 28. und 30. März, 8 Uhr, abermals  
im Etablissement „Waterloo“, Einschüttler Str. 9,  
Altona. Um die unermeidlichen Menschen Reu-  
nerker fernzuhalten, werden nur solche zugelassen,  
die in Wirklichkeit dem „Haeusser“ mit Interesse  
entgegentreten und dient als Ausweis für das  
Wer befreite Interesse 1 Zeitung „Haeusser“. Jeder Besucher der Abende vom 9. und 13. cr.  
hat dabei 1 Zeitung „Haeusser“ gleichsam als  
„Witnesse“ vorzuweisen oder aber — — — wenn Platz da ist — — — Eintritt zu zahlen.

Damit soll kein Druck noch Zwang geübt sein,  
sondern erreicht werden, dass der Besuch kein so  
mönchler ist, wie bei den letzten Abenden. — Auf  
die Weise kann dann tiefer und gründlicher,  
mit Ruhe und Ausführlichkeit auf die ungeheuren  
Probleme, die Ich auferrollt und in Mir gelöst  
habe, eingangen werden. Ich weiß, dass die  
Tausende, die Mir genau kennen, diese Maßnahme  
bea. Vorzeigens der „Haeusserzeitung“ als Aus-  
weis für das Mir befindete Interesse richtig und  
gerecht und nötig finden!!! Die Zeitung

ist überall erhältlich! — Einzelnummern 1.—, die  
Händler 100 Stück 50.—, 1000 Stück 400.—  
10000 Stück 2000.—. Zu bestellen durch: Paul  
Schoch, Alstädtische Straße 42, Hamburg 1. Alwine  
Muhs, Rathausmarkt 7, I. Altona.  
P. S. Soeben trifft aus dem Süden telegraphische  
Bürgschaft ein! Die „Haeusser“ Nr. 103 erscheint daher  
in einer Auflage von

## hunderttausend Exemplaren!

Danach sind 40000 schon fest bestellt und im voraus  
bestellt — Wer mit dem „Haeusser“ ein gutes und  
müheloses, gewinnbringendes Geschäft machen will,  
der sieht sich zeitig ein angemessenes Quantum.  
An allen Seiten wird diese Nr. gefeiert jehn und in  
1 Monat zahlt man schon 2 Mark dafür! Für er-  
haltene Anzeigenaufträge danke Ich den Bekleidern.  
Ich nehme nie Interesse an. — Rächtige Reden am  
28. 31. 3. Wachtmanns Säle, Altona. — In Leipzig  
erhältlich bei Hulda Daniels, Ueckel, Poststraße 14,  
Gust. Pahl, Weinbergstraße 12, II.

Die für 20. März 1922 angesetzt gewesene

# Versteigerung russ. Rauchwaren

findet, nachdem das Landgericht Leipzig  
das gemäß Handelsvertrag unantastbare  
Eigentumsrecht der russischen Regierung  
anerkannt hat, nunmehr unwiderruflich

am 29. März und folgende Tage

von vorm. 10 Uhr an im Krystallpalast zu Leipzig (Varietésaal)  
statt.

Namens der Handelsvertretung Berlin der russischen sozialistischen  
föderativen Sowjet-Republik:

Rauchwarenlagerhaus G. m. b. H.



## DIE LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI AG

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21  
Fernsprechanschluß 4596  
liefer schnell und preiswert  
moderne, geschmackvolle

## DRUCKSACHEN

jeder Art. Allerschnellste Her-  
stellung von Prospekten in  
Massenauflagen durch den  
modernen Rotationsbetrieb



Wir empfehlen in prima Qualität  
Kammgarn - Strickwolle  
vorzügliche Ware  
Trikotagen — Hemden  
Stick-, Stopf- u. Nähdarne  
Wollene Damen- und Kinder-  
Strümpfe  
Schnürsenkel, Makro- u. Elsengarn  
Laserbesuch empfehlenswert.

**Zähne 16**  
inkl. Platte  
u. Klammer  
pro Zahn von

Ohne Platte inkl. Spanze  
u. Klammer pro Zahn v. 25.— an  
Unterschriflicher Garantie.  
Plombierungen nur bestes  
Material von 10.— an  
Reparaturen in einem Tage.

**B. Zihang**  
Schützenstraße 21.

Kreide, Leim  
Firnis, Farben  
Lack preiswert  
Könneritzstraße 63  
C. M. Knetsch.

Offene Beine, Unter-  
geschwärze, Krempeldeich-  
sel, n. bew. Method  
Apotheker Hauptmann,  
L. Göhlis Wurmbachstr. 2  
Stratenbahnhof, Spreedamm  
10-1, 3-6. Sonnen vor n.

**W. Kellermann**  
Baby- und Frauen-  
Gummi - Bedarfssachen  
z. Weichen- u. Krankenpf.  
spez. Leibbinden 25  
von Mk. an  
Stötteritz, Weißstraße 18  
Kein Laden.

Frauenleider  
bedacht, nach  
bew. Method.  
Augsburg, Kl. 111, Spreed-  
D. 131, Prax. Höhne.

**Überall erhältlich!**



und Mt. 100.— pro Jahr bei Suelz, Karoline-  
straße 6, Schoch, Alstädtische Straße 42, beide in  
Hamburg Muhs, Rathausmarkt 7, Altona (Elbe),  
und bei der Post! „Haeusser“ Nr. 103 ist in  
100000 Exemplaren erschienen! **Appetitens**

für Abonnements erhalten 50% bis zu 10 Abon-  
nenten; bei 100 Abon. 50%—80% bis 11. April  
Händler 50%—80% bis 11. April  
Nr. 104 hat **200000! Haeusser**,  
eine Auflage von

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. März.

## Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Alt-Leipzig der USP.

Dienstag, den 28. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9: Funktionärsversammlung. — Die Generalversammlung des Ortsvereins findet am 6. 4. 22 statt.

Ostbezirk, Dienstag, 28. März, abends 1/28 Uhr: Funktionärsversammlung im Sophienschlösschen; Stellungnahme zur Generalversammlung. Pünktlich und volljährig erscheinen.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, 27. März, abends 1/28 Uhr: Frauen-Diskussionsabend im Restaurant Gambrinus, Lindenau, Odermannstraße 12.

Deicht-Gaußsch. Dienstag, den 28. März, abends 1/28 Uhr, im Bürgergarten: Funktionärsversammlung.

Pöhlig. Montag, abends 1/28 Uhr: Frauenabend im Gambrinus. Vortrag der Genossin Schilling über: Jugendfürsorge. Da später ein Besuch des Stößtericher Kindergartens bestimmt ist, wird das Erstreben aller Genossinnen erwartet.

Ennigsch. Dienstag, den 28. März, abends 8 Uhr im Feldschlösschen: Frauen-Diskussionsabend.

Quasch-Hänichen. Parteigenossinnen und Genossen! Heute Sonnabend: Flugblattverteilung. Treffen Punkt 6 Uhr im Kasino.

Betriebskassenstellenvorstände. Montag, den 27. März, abends 1/28 Uhr: Sitzung im Kartell, Zimmer 100.

Ausweiskarten für Betriebsräte und Obmänner. Ende März 1922 verlieren die grünen Ausweiskarten ihre Gültigkeit. Der Vorstand des neuen bzw. wieder gewählten Betriebsrats oder der Obmann muss sich von seiner Gewerkschaft sowie im Fragebogen geben lassen. Beide ausgefüllten Fragebogen erhalten die Gewerkschaften zurück. Die Ausweiskarten des Gewerkschaftsrats sind dann bei der Gewerkschaft abzuholen, an die die Fragebogen abgegeben wurden. Gewerkschaftsrat Leipzig.

## Die Standinhaber der städtischen Markthalle und die Erhöhung der Gebühren.

Der Gruppenverband der Standinhaber der städtischen Markthallen hat sich erstrang gegen die leichte Erhöhung der Markthallengebühren gewendet, was ihm sicher niemand übernehmen wird. Der Verband glaubt aber gegen die unabhängige Stadtverordnetenaktion einen besondern Vorwurf erheben zu müssen, weil unsre Genossen der Gebühren erhöhung zugestimmt haben. Die Organisation der Standinhaber sagt, die Gebühren erhöhung ist eine Mietsteigerung, die USPD hat als im Stadtverordnetenkollegium einer Steigerung der Miete zugestimmt, die gegenüber den Friedensmieten insgesamt 500 Prozent ausmacht. Das ist eine irreparable und durchaus falsche Darstellung, die richtiggestellt werden muss. Die Erhöhung der Markthallengebühren läuft sich mit einer Mietsteigerung von Wohnungen oder Ladengebäuden überhaupt nicht vergleichen. Käme es bei der städtischen Markthalle nur darauf an, die Mieten für die Benutzung der Räume zu erhöhen, dann wäre gewiss die Steigerung der Friedensmiete um 500 Prozent ein ungeheuerlicher Wucher, gegen den selbstverständlich auch die USPD in der schärfsten Weise Front machen würde. Aber bei den Markthallen gebühren handelt es sich in der Hauptsache nicht um Mieten für Benutzung der Räume, sondern um Gebühren ganz anderer Art. Die Markthallenstandinhaber zahlen in ihrer Standmitte zugleich die Kosten für Holzung, Beleuchtung, Reinigung, Verwaltung und Bewachung der Markthalle, außerdem handelt es sich auch um die Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der Wagen usw. Die Ausgaben für diese Zwecke sind es, die den Betrieb so außerordentlich verteuert haben, dass eine Erhöhung der Markthallen gebühren um 500 Prozent gegenüber den Friedensgebühren unerlässlich notwendig wurde. Damit aber kein Missverständnis entsteht, sei ausdrücklich hervorgehoben, dass es sich bei der leichten Gebühren erhöhung nicht um eine Steigerung um 500 Prozent, sondern nur um 100 Prozent der bis dahin geltenden Höhe handelt hat. Wenn die Markthallenstandinhaber darauf hinweisen, dass sie gegenüber den Ladengebäuden konkurrenzunfähig werden, weil die Ladeninhaber nicht in der gleichen Weise mit der Miete gesteckt worden seien, so beachten sie dabei nicht, dass in den Mieten der Ladeninhaber keine Kosten für Holzung, Beleuchtung, Reinigung, Verwaltung und Bewachung der Räume enthalten sind. Eine genaue Berechnung dieser Kosten würde wahrscheinlich ergeben, dass die Unlasten der Ladeninhaber viel mehr gesiegen sind, als durch die Erhöhung der Gebühren für die Standinhaber in der Markthalle zum Ausdruck kommt. So kostete z. B. ein Jeniner Blatteto vor dem Kriege 60 Pf., jetzt kostet er 48 Pf., oft noch viel mehr. Die Kosten der Holzung sind also für die Ladengebäude um viele tausend Prozent gestiegen. Vor dem Kriege kostete ein Kubikmeter Gas 16 Pf., jetzt 2 Pf., die Steigerung macht also bei der Beleuchtung für die Ladeninhaber auch weit über 500 Prozent aus. Die Kosten für die Reinigung der Räume sind für die Ladeninhaber zweifellos über 500 Prozent gestiegen, ebenso die Kosten für die Instandhaltung und Erneuerung der Wagen usw. Wenn den Forderungen der Standinhaber entsprochen werden und die Kosten für die bezeichneten Zwecke nicht von den Standinhabern, sondern aus dem Steuerfadel gezahlt werden sollten, dann müssten für die Standinhaber die Kosten der Holzung, der Beleuchtung, der Reinigung, der Bewachung ganz oder zum größten Teil von den Steuerzahler getragen werden, während die Ladeninhaber selbst tragen müssen. Das dürften selbst die Standinhaber gerechterweise nicht fordern.

Aus einer Aufsicht des Gruppenverbandes der Standinhaber der Markthalle wird behauptet, unser Bericht über die Protokollversammlung der Standinhaber enthalte eine Anzahl Unrichtigkeiten; so sei es nicht richtig, dass der Referent in der Versammlung erklärt habe, die Standinhaber seien der Aufsicht, dass die Markthalle selbst tragen müsse. Von unsrern Genossen, die an der Versammlung selbst teilgenommen haben, wird aber versichert, dass der Referent die Ansicht vertreten habe, während andere Herren andere Meinung gewesen seien. Wetter heißt es in der Aufsicht:

Das Schönste an dem Bericht ist der Schlussatz: „Diese Resolution darf wohl noch nicht das letzte Wort in der Sache sein, denn so einfach lässt sich doch der Rat die Zahlungsverweigerung nicht gefallen.“

Also da liegt der Hase im Käse! Denn das heißt auf deutsch: Fürchte dich nicht, Stadtrat! Wir, die USPD, stehen hinter dir, das ist eine Scharfmachertat, welche man unsres Erachtens immer nur auf der gegnerischen Seite sucht.

Auch das ist eine völlig falsche Darstellung. In der Resolution heißt es:

Um konkurrenzfähig zu bleiben und ihre Existenz nicht zu untergraben, beschließen die Versammlungen, die Zahlung des erhöhten Standes zu verzögern solange, bis die Organisation der Markthallenstandinhaber vom Rat anerkannt und beratet bei allen Angelegenheiten der städtischen Markthalle hinzugezogen wird.

Die Organisation der Standinhaber verlangt also, „bei allen Angelegenheiten der Markthalle hinzugezogen“ zu werden. Bei näherer Überlegung dürfen sich selbst die Standinhaber sagen, dass sie eine so weitgehende Forderung nicht stellen können. Dann aber auch noch zu beschließen, dass die Zahlung der erhöhten Standes solange verzögert werden soll, bis die unberechtigte Forderung erfüllt ist, das hätte die Organisation der Standinhaber vernünftigerweise nicht tun sollen, denn daraus kann sich der Rat nicht einschliessen. Die USPD tritt für die Anerkennung der Organisation der Standinhaber ein, wenn aber der Vorstand dieser Organisation zu so unüberlegten Beschlüssen verleitet, dann sollten die Standinhaber ihren Vorstand ermahnen, nicht mehr zu jordern, als gerechterweise verlangt werden kann. Wenn der Vorstand des Gruppenverbands der Standinhaber glaubt, seinen unberechtigten Forderungen dadurch Nachdruck verleihen zu können, dass er ungerechte Vorwürfe gegen die USPD erhebt und behauptet, die USPD sei für 500 Prozent Mietsteigerung eingetreten, während es sich in Wirklichkeit um Bezahlung der gestiegenen Kosten für Holzung, Beleuchtung, Reinigung, Bewachung, Benutzung der Wagen usw. handelt, so leistet er damit den Standinhabern einen schlechten Dienst. Die USPD vertritt auch die Interessen der Standinhaber, aber so, wie die Ladengebäudeinhaber und die Arbeiter, überhaupt jeder Mieter höhere Kosten für Holzung, Beleuchtung usw. tragen müssen, so sollen auch die Standinhaber nicht verlangen, dass für sie diese Kosten von den Steuerzahldienst bezahlt werden.

## Landauenshall in Ostpreußen für schwächliche Schulabgängige.

Die Berufsberatungsstelle des Arbeitsamts der Stadt Leipzig hat in Verbindung mit dem Arbeitsnachweis die Möglichkeit geschaffen, dass zunächst verlängert etwa 100 schwächliche Schüler und Schülerinnen, denen aus Gesundheitsgründen vor dem Eintritt in das Berufsleben eine Schon- und Krankenzeit angetragen ist, zu leichteren Arbeiten nach Ostpreußen vermittelt werden. Die Bedingungen für den Aufenthalt in Ostpreußen können als sehr günstig bezeichnet werden. Die Jugendlichen, die in der Hauptstadt zum Wochentags Verwendung finden sollen, würden fast den ganzen Tag, ohne dass sie besondere Anstrengungen zu leisten hätten, an der frischen Luft sein. Die Arbeits-

## Die Lichtbildervorführungen in den Bezirken

sind für alle Genossen und Genossinnen besonders zu empfehlen, die sich für kommunale und sozialpolitische Aufgaben interessieren. Stadtverordnete, Gemeindevertreter, in der sozialen Fürsorge Tätige usw. seien besonders auf die Vorträge aufmerksam gemacht. Die Veranstaltungen finden statt:

Montag, 27. März, im Volkshaus

Dienstag, 28. März, im Löwenpark, Stößterich

Mittwoch, 29. März, in den Drei Mohren, Anger

Donnerstag, 30. März, in den Westendhallen, Plagwitz

Nachmittags 4 Uhr, abends 8 Uhr.

Eintritt frei!

beitgeber sind durch Vertragspersonen ausgewählt und verpflichtet, für gute Kost zu sorgen und die Jugendlichen besonders zu betreuen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass ein solcher Landauenshall von etwa 6 Monaten für die Reise der Schwächeren so nachhaltige Wirkungen eröffnet lässt, dass die Grundlage für den Eintritt in das Berufsleben außerordentlich verbessert wird. Kosten entstehen für Vermittlung, Reise und Unterkunft nicht, da gegen ist tarifliche Bezahlung der Hüttelägerkeit gewährleistet. Die Bezeichnung geschieht in Sammel-Transporten, die unter der Aufsicht von Beamten des Arbeitsamts der Stadt Leipzig stehen. Die Pflegestellen befinden sich ausnahmslos in den Kreisen Goldap und Preußisch Eylau, mit dessen Arbeitsnachweisen stellt das Arbeitsamt Leipzig seit Jahren Beziehungen unterhält. Gegebenenfalls finden die Jugendlichen bei diesen Stellen Auskunft, Rat und Unterstützung. Die Beziehungen liegen in Ostpreußen deshalb besonders günstig, weil die Landwirtschaft durch die Eigenart ihres Betriebes leichte Beschäftigung bietet, wie sie anderwärts, z. B. im Altmarkischen und im Magdeburgischen, infolge der schweren Bodenlagen und der üblichen Stallwirtschaft überhaupt nicht gegeben sind. Die Entfernung von der Heimat hat zweifellos ihr Gutes; die Jugendlichen sehen andre Gegenden, lernen andre, wenn auch einfache Beziehungen kennen, so dass der Ostpreußenfahrt auch ein gewisser Bildungswert beizulegen ist. Andererseits hat die weite Entfernung von der Heimat auch gewisse Nachteile. Allein die Auswahl der Pflegestellen ist so getroffen worden, dass die Jugendlichen in die Familiengemeinschaft der mittleren Bauernhofbesitzer aufgenommen werden. Dasselbe soll ihnen Unterkunft im Hause, gute Versorgung und Behandlung zuteil werden.

Anmeldungen werden bei der Berufsberatungsstelle Rudolphstraße 2, II, in der Zeit von 9—2 Uhr, entgegengenommen. Die Begleitung der Jugendlichen durch Vater oder Mutter ist erwünscht.

## Ratsbeschlässe.

25% Millionen Mark für Messebauten. Bewilligt wurden die für den Erweiterungsbau des Grassimuseums und für den Neubau eines Textilmuseums an der Hartelstraße im Anschluss an das Museum erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 25 630 000 Mark. Die beteiligten Messeinteressenten haben entsprechende Beiträge zu dem Messebau zu leisten. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuhören.

Die Stadtkulturstelle wurde Herrn Dr. Seidemann in München übertragen, der dort bisher schon als beamter Arzt tätig gewesen ist.

Erhöhung des Grubenräumungstarifs. Mit Rücksicht auf die in den letzten Monaten eingetretene weitere Steigerung der Preise für alle Materialien und auf die wesentliche Erhöhung der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter wurde eine Erhöhung des Grubenräumungstarifs um weitere 48 M. mit Wirkung vom 1. Februar dieses Jahres ab genehmigt. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Übermalige Erhöhung der Krankenkassenzölle und Einäscherungsgebühren. Zugestimmt wurde ferner einer den derzeitigen Beziehungen entsprechenden Erhöhung der Belegschaftsgebühren in den Krankenhäusern sowie einer Erhöhung der Einäscherungsgebühren vom 1. April dieses Jahres ab. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuhören.

Endlich wurde beschlossen, die Straßenbahnmiettarife bis zum 15. April dieses Jahres einzuziehen.

## Wenn du fromm bist, so bist du angenehm.

Uns wird geschrieben: „Einer Kriegerwitwe aus L.-Großschöner wurde vom Ortsamt Leipzig mitgeteilt, dass ihre Tochter, die in diesem Jahre die Schule verlässt, Aufnahme in der Fachschule der Hausangestellten, Leipzig-Wiesenstraße, finden könne. Dort wurde die Aufnahme verweigert, weil Mutter und Tochter keiner Kirche angehören. Der Mutter wurde gesagt, dass der Eintritt in die Schule erfolgen könnte, sobald beide sich wieder der Kirche zugewendet hätten. Die Tochter müsse aber dann Gefangenbuch und Bibel mit in die „Fach“schule bringen (!), da Andachten abgehalten würden. Mutter und Tochter lehnten natürlich das Antragen ab. — Sich über diese Art von Christentum zu entrüsten, ist überflüssig, dazu begegnet man ihm so oft. Die Quäler stehen jedenfalls turmhoch über diesen Leuten. Eine „Fachschule“, deren Symbol Bibel und Gefangenbuch ist! In dieser „Fachschule“ kommt es sicher weniger auf Sachkenntnis als auf Religion an. Denn ohne diese sind die Hausangestellten nicht die guten Dienstmädchen“, die die Herrschaften brauchen. Darum seid unten dem Herrn (und der Frau), nicht nur dem gütigen (Strengen) und gerechten, sondern auch dem wunderlichen!“

Wenn diese fromme Fachschule einen Erfolg für die Fortbildungsschule darstellt und von dem Besuch der Pflichtfortbildungsschule befreit, so hätte der Bezirksschulrat alle Ursache, sich einmal gründlich mit ihr zu befassen. Die Eltern können wie nur warnen, ihre Kinder solch zweifelhaften Privatschulen auszuführen, wo sie nur zu willigen und fügsamen Ausbeutungsobjekten gedrillt werden.

## Humoristische Ecke.

1. Rudolf Franz schreibt in der Sächsischen Arbeiterzeitung immer noch gegen die Volkshochschule im allgemeinen und gegen die Leipziger Volkszeitung im besonderen. Am 21. März bringt Franz einen Artikel mit folgender Überschrift: „Die L. Z. für die Züllinger-Akademie.“ Mit der Züllinger-Akademie ist die Volkshochschule gemeint. Etwa 10 Druckseiten vorher schreibt Franz über die Volkshochschule:

„Bei allem braucht niemand sich von der Teilnahme an dem einen oder anderen Kursus der neugegründeten Volkshochschule abhalten zu lassen. Nicht einmal ein kommunistischer Dozent braucht seine Mitarbeit zu verweigern.“

Franz ist also unten gegen und oben für die Züllinger-Akademie.

2. Am 22. März brachte das Organ des Herrn Franz in unerhörterlicher, tiefsünderlicher marxistischer Weisheit einen Artikel, in dem es hieß: „In dem Vortrage „Sozialismus in der Natur“ wies der Referent klar nach ihm.“

Ei Herr Franz: „Sozialismus in der Natur“! Ist das Ihre marxistische Weisheit oder billigen Sie das nicht?

3. Weil der Kommunist Hermann bei den Beratungen in den Stadtverordnetenausschüssen sich gegen den Austritt der Stadt Leipzig aus den Unternehmerorganisationen ausgesprochen hatte, wurde er von seinem Freund Lieberach abgestoßen, es sei das Privatvergnügen des Herrn Hermann. Jetzt kündigt die Sächsische Arbeiterzeitung ein hochnotpeinliches Scherbengericht gegen Hermann an.

Eine Hilfsaktion für das Alter. Unter dem Namen „Altershilfe“ wird zur Zeit in Deutschland ein Hilfswerk zur Unterstützung von bedürftigen Männern und Frauen, die über 65 Jahre alt sind, in die Wege geleitet. Die Mittel für die Unterstützungen sollen durch Sammlungen aufgebracht werden. Von den am Ort gesammelten Geldern sind 70 Prozent zur Verteilung am Ort bestimmt, 30 Prozent sollen zur Verteilung an das Land abgeliefert werden. In einem Aufruf, der im Inseratenkatalog der heutigen Nummer abgedruckt ist, sind nähere Angaben gemacht.

Die weiße Seuche. Dieser Belehrungsfilm, der die Entstehung und Bekämpfung der Tuberkulose behandelt und von Aerzen erläutert wird, gelangte in verschiedenen Stadtteilen Leipzigs zur Aufführung und stand seit einer zahlreiche, aufmerksame Zuhörerschar. Die Aufführungen werden fortgesetzt und finden in der kommenden Woche in folgenden Lokalen statt: Montag, den 27. März, im Helfenteller, Plagwitz; Dienstag, den 28. März, im Volkshaus, Zeitzer Straße; Mittwoch, den 29. März, im Gathof Stilz; Donnerstag, den 30. März, im Schürenhaus, Sellerhausen. Alle Filmabende beginnen pünktlich 8 Uhr. Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgehalt von 5 Pf. erhoben.

Erkennung der russischen Rauchwaren als Eigentum der russischen Sowjetrepublik. Gegen die Versteigerung der russischen Rauchwaren in Leipzig war eine einstweilige gerichtliche Verfügung von der Firma Rauß Handelscompagnie A/S zu Kopenhagen erwirkt worden. Jetzt ist vom Gericht die Verfügung aufgehoben worden, weil ihm nachgewiesen wurde, dass es sich um Eigentum der russischen Sowjetrepublik handelt. Die Versteigerung ist damit freigegeben worden. Sie wird am 29. März stattfinden.

Für ein Zwanzigmärktel in Gold gibt es 1200 Papiermark. WTB macht bekannt: Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 27. März bis 2. April zum Preise von 1200 M. für ein Zwanzigmärktel, 600 M. für ein Zehnmärktel. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbargoldmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 27. März bis auf weiteres zum tatsächlichen Betrag des Nennwertes.

Achtung, Eltern katholischer Schulfinder! Am 26. März soll eine Feier für die Kinder stattfinden, die zu Ostern aus den katholischen Schulen entlassen werden. Unterzeichnet ist die Einladung: „Die Elternräte der 4 katholischen Schulen“. Diese Elternräte sind nicht bereit, denn die Sache ist hinter dem Rücken von Elternratsmitgliedern „gemacht“ worden. — Bezeichnenderweise sind dies

# Die arbeitende Jugend demonstriert morgen vormittags 1/11 Uhr, im großen Volkshausaal, gegen das Arbeitszeitgesetz!

gerade Vertreter der weltlichen Schule. — Ist das demokratisch oder bloß christlich? Eltern protestieren gegen dieses Verhalten dadurch, daß ihr die Veranstaltung fernbleibt.

**Bewohnerungsvorstände in Leipzig.** In der Woche vom 12. bis 18. März sinden 129 Bewohnerungsvorstände statt. An Geburten waren in der Woche vom 5. bis 11. März zu verzeichnen: Lebendgeborene 221, darunter unehelich Geborene 44. Totgeborene 15, darunter unehelich Geborene 7. Verstorben sind in der Woche vom 12. bis 18. März 162 Personen. Kinder unter einem Jahre verstorben 28, unter denen sich 9 uneheliche Kinder befinden. An Tuberkulose starben 22, an Lungenerkrankungen 11, an Influenza 4 Personen. Die Selbstmordziffer ist eine hohe. Seben Personen, drei männliche und vier weibliche, verübten Selbstmord. Eine männliche Person erlitt einen tödlichen Unfall.

**Kostennausgabe für Gewerkschafts- und Kauzarbeiter.** Um eine Verteilung der freiwerdenden E-Marken sicherzustellen, sind Gutscheine für sämtliche Ausgabenstufen sofort in der Geschäftsstelle, Herberstraße 3, Zimmer 2, einzulösen, da die Kosten wieder teurer werden. Der Zentral-Betriebskassen steht jetzt 32 M. und eine evtl. eintretende Preisdifferenz ist vor Eingang der Billets bei der Ausgabe nachzuzahlen. Der Arbeitslosenrat.

**Im Verein für die Geschichte Leipzigs spricht Mittwoch, den 20. März, abends 148 Uhr, in der Alten Bücherei Stadtbibliothek Dr. Johannes Hofmann über: Gustav Freitag und Max Jordan. Auch zu diesem leichten Wintervortrage haben Gäste Zutritt.**

**Die Haushaltssachen bereithalten.** Anfang April beginnt die Ausgabe der neuen Kohlen- und Brotsachen. Hierzu ist, wie immer, die Vorlegung der Haushaltssachen notwendig. Viele Haushalte haben unterlassen, der Kartensette die Veränderungen in der Zahl der Haushaltmitglieder oder den Wohnungswchsel anzugeben. Es wird empfohlen, dies nunmehr sofort zu tun, da in der Zeit der Hauptausgabe mit starkem Andrang zu rechnen ist.

**Abgelaufene Vorträge des Konsumvereins Plagwitz.** Die angekündigten Vorträge des Herrn Professor Müller aus Böhrisch können nicht stattfinden, da Müller telegraphisch zurückberufen wurde.

**Das Reichswirtschaftsmuseum, Leipzig.** Zeitzer Straße 8/12, lädt in der Zeit vom 5. bis 8. April 1922 in der Universität Leipzig eine Ausstellung über volkswirtschaftliche Fragen halten. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nummer unseres Blattes. Unterstützt wird die Veranstaltung vom Sächsischen Wirtschaftsministerium, von der Handelskammer und der Gewerbe-

**Kommunistische Kindergruppe Alt-Leipzig.** Montag, 27. März; Besuch des Kindergartenvorlasses im Volkshaus. Eintritt frei. Treffen 3 Uhr im Jugendheim.

## Polizeinachrichten.

Eine Razzia der Polizei im Seeburgviertel.

In den späten Abendstunden des 23. d. M. hat die Kriminalpolizei mit Unterstützung der uniformierten Polizei und Landessicherheitspolizei unter Führung eines Kriminalrats eine groß angelegte Razzia im Seeburgviertel vorgenommen. Die von der Razzia betroffenen Lokale wurden überraschend, nach allen Seiten hin abgesperrt und sämtliche Besucher der davon betroffenen Gaststätten mussten in den bereitgehaltenen Polizei-Lenkraftswagen Platz nehmen und zur Kriminalabteilung folgen. Dort wurden eingehende Leibesuntersuchungen, Prüfung der Ausweispapiere usw. vorgenommen. Über 100 Personen, darunter 31 Frauenpersonen, wurden festgestellt. In Haft verblieben 18 Personen, die zu einem Teil von beständigen und auswärtigen Behörden gesucht wurden, und zum andern Teil die Kriminalabteilung und die Sonderpolizei in anderer Richtung interessierten.

**Verdacht der Kindesbestrafung.** Am 21. d. M. abends gegen 7 Uhr, ist in der Abortgrube des Grundstücks Lissenthalstraße 3 in Plauen die Leiche eines völlig ausgetragenen neugeborenen Kindes aufgefunden worden. Es besteht der Verdacht, daß ein Verbrechen vorliegt, doch haben die kriminalpolizeilichen Ermittlungen bisher nicht zur Ermittlung der Kindesumstücker geführt. Zweck der Ausklärung der Sache wird gebeten, etwaige verdächtige Beobachtungen, insbesondere auch nach der Richtung hin, daß möglicherweise eine fremde Person sich Zutritt zu einem Abort des Grundstücks verschafft und sich dort der Leiche entledigt hat, auf schriftlichem Wege der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mitzuteilen.

**Durch Radfahrer umgefahren.** Am 10. d. M. vormittags gegen 11 Uhr, ist an der Ecke der Mariannen- und Tauchaer Straße in L.-Neustadt eine Frau beim Überqueren der Straße von einem etwa 18jährigen Radfahrer mit sogenannter Fliegermütze umgefahren und dabei verletzt worden. Ein zweiter Radfahrer, der sich Schmidt genannt und angab, in der Portitzer Straße zu wohnen, hat den Täter verfolgt und ist Zeuge des Vorfalls geworden. Dieser, sowie weitere Zeugen werden gebeten, sich recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache zu melden. — Einen gleichen Unfall erlitten am 12. d. M. eine andre Bassantin, als sie im Peterssteinweg die Fahrstraße nach der Beethovenstraße zu überqueren wollte. Ein aus der inneren Stadt kommender Radfahrer fuhr auf der linken Straßenseite in die Münzgasse ein, und zwar fuhr er so dicht an der Bordsteinkante entlang, daß er mit seinem linken Pedale die noch auf dem Fußweg stehende Bassantin so heftig an das Schienbein traf, daß beide, die Bassantin und der Radfahrer, zu Boden stürzten. Beider ist dieser rüde, etwa 18jährige Bursche entwischt, wie auch derjenige, der den zweiten gefahrdeten Unfall verursacht hat. Trotz aller Mühe der Polizei, die Täter zu ermitteln, ist dies bis jetzt nicht gelungen. Angaben über diese werden von der Kriminalabteilung getrennt genommen.

**Der Fremdenverkehr auf der Messe.** In der Woche vom 28. u. 29. d. M. sind aus liegenden Fremdenhäusern 8239 Reichsdeutsche und 874 Ausländer polizeilich abgemeldet worden. Während der diesjährigen Februar-Märzmesse, vom 3. bis mit 18. d. M., sind insgesamt 92 245 Fremde, davon allein 18 408 Ausländer, aus Fremdenhäusern und Privatwohnungen polizeilich zur Anmeldung gekommen. Ohne Zweifel ist jedoch die Zahl der während der Messe hier ausnahmsmäßig gemeldeten Fremden eine bedeutend größere gewesen, da, wie es sich jetzt noch nachträglich zum Schaden vieler Vermieter herausstellt, von diesen trotz aller öffentlichen Aufforderungen die polizeilichen Anmeldungen in Tausenden von Häusern unterlassen worden sind. — Bewohner fast aller Hinterland-Länder hatten sich in Leipzig während dieser Tage ein Pauschalchein gegeben. Es waren eingetroffene Kapitale 30, Amerikaner 4, aus den Amerikanischen Staaten 700, Usaken 24, Australier 4, Belgier 646, Bulgaren 172, Chinesen 24, Dänen 747, Engländer 41, Engländer 1332, Estländler 61, Finnländer 120, Franzosen 496, Georgier 6, Griechen 99, Holländer 2930, Japaner 52, Indianer 7, Italiener 730, Jugoslawen 237, Letten 212, Litauer 160, Luxemburg 56, Niederländer 8, Norweger 205, Österreich 1757, Perser 14, Polen 478, Portugiesen 33, Rumänen 815, Russen 205, Schweden 899, Schweizer 1067, Spanier 346, Staatenlose 59, Tschecho-Slowaken 3355, Türken 97, Ukrainer 69, Ungarn 570, Armenier 15.

## Sächsische Angelegenheiten.

**Rechtssozialistische Schwächer.**

Es tritt wieder einmal in Sachsen. Ein Polizeikapitel ist im Haushalttausch A des Landtags in erster Lesung abgelehnt worden. Grund genug für einige Politiker des rechten Flügels der rechtssozialistischen Fraktion, den Staat in Gefahr zu sehen und ihre alte Lieblingsidee von der Verbreitung der Koalition nach rechts wieder mit Nachdruck zu propagieren. Der rechte und hohle aller Schwächer, Herr Karl Bethke, untermauert es, in der Dresdner Volkszeitung den Bogen für die Verwirklichung dieser Idee vorzubereiten, indem er sich bemüht, in einem Artikel: Die

USP. gegen Lipinski nachzuweisen, daß eigentlich die USP. der Störenfried ist. Es ist nicht das erstenmal, daß Bethke sich vorwirkt unzeitgemäße Särgerei leistet. Wir haben diese mehr oder weniger gelösten Särgereien bisher unbedacht gelassen. Einmal, weil es sich wirtschaftlich nicht lohnt, mit Bethke ernsthaft zu diskutieren, zum andern aber, weil der schreißige Herr von seinen eigenen Freunden so oft und gründlich geträumt und abgelenkt worden ist, daß man sich nur wundern muß, wo er immer wieder den Mut zu seinen Särgereien hennimmt. Wenn wir heute von dieser Särgerei absehen und dem Schwärter etwas auf das Finger klopfen, so gehtlebt es nur, weil der Bursche unverschämt wird und die Tatsachen direkt auf den Kopf stellt. Doch hören wir Herrn Bethke selbst. Er schreibt:

In Verfolg eines Beschlusses der Volkskammer vom Jahre 1920 brachte der unabkömmlinge Minister Lipinski 1921 die Vorlage über die Verstaatlichung der Polizei ein. Unter Anpassung an die Entwurfserfordernisse bewachte dieses Gesetz u. a. dem demokratischen Staate ein Machtmittel in die Hand zu geben, das durch geistige Umstellung zu einer gütlichen Stütze der Demokratie werden sollte. Dieser staatsbefestigende Gedanke wurde auch in der Begründung der Vorlage im Rechtsausführ durch den Minister Lipinski unzweckmäßig zum Ausdruck gebracht. Unrechte Fraktion stimmte dem Minister dabei in fast allen Teilen der Vorlage unbedenklich zu. Seine eigenen Parteifreunde dagegen konnten sich mit dieser Vorlage nicht befriedigen, sie bekämpften sie mit dem Hinweis, daß das Verbleiben der Polizei in den Händen der Gemeinden, ganz besonders bei gründlich durchgeschulten Selbstverwaltung, finanziell und auch politisch vorteilhafter sei. Inwieweit dabei die Aussöhnung, nur vorübergehend in der Regierung zu verbleiben und somit in der Schaffung staatlicher Machtmittel vorsichtig zu sein, für diese ablehnende Haltung der USP. maßbestimmend war, mag ununterrichtet bleiben. Bemerkt sei nur, daß diese gegenläufige Aussöhnung zwischen Lipinski und der USP-Fraktion zu einem teils recht abschreckenden Urteil Lipinskis über die Kritik des Sprechers der Unabhängigen im Rechtsausschuß führte. Da die Kommunisten gleichfalls gegen die Vorlage waren, konnte sie nur mit Hilfe der Bürgerlichen durchgebracht werden. Die Bürgerlichen in manchen Teilen des Landes und im Reiche mögen bestimmt gewesen sein, daß diese Bürgerlichen mit ihrer Fraktion die Vorlage auch im Plenum stimmen, so daß sie zwar angenommen wurde, die Unabhängige Partei dabei aber gegen den eignen Minister und die Regierung voleierte.

In Auswirkung dieses Gesches stellte die Regierung die benötigten Mittel in den Etat für 1922 ein, wobei sie dem Staate ein Drittel und den Gemeinden zwei Drittel der Lasten aufschlug. Da nur die größten Städte von dieser Verstaatlichung der Polizei direkt wurden und sie, abgesehen von Dresden, bisher die Kosten für diese Polizei aufzuringen mußten, wäre diese Verteilung sicher noch ein gutes Geldstück für die in Frage kommenden Gemeinden gewesen, und man hätte annehmen können, daß auch die bürgerlichen Parteien unbedenklich dem Kapitel 48 des Etats zustimmen würden. Aber es kam anders. Die Herren sahen, daß USP. und SPD. selbst in der Mittelsbewilligung auf ihrem prinzipiell ablehnenden Standpunkt verharrien, somit die Vorlage nur mit ihrer Unterstüzung durchgeführt werden könnte. Deshalb versuchten sie, diese Haltung der Unabhängigen zu einem für sie äußerst günstigen Schachergeschäft zu benutzen. Die politische Beunruhigung hat nachgelassen und schließlich verfügte man wenig Neigung, die Polizei aus der Hand zu geben; gehabt es dennoch, dann so teuer wie möglich. Ein Teil der Bürgerlichen verlangte daher, der Staat solle zwei Drittel der Kosten übernehmen. Daß diese für den Staat ungemein belastende Verteilung nur vorgeschoben war, verteidigte eine der führenden Personen der Deutschen Volkspartei, die auf den Hinweis, daß bei Ablehnung des Staaatskapitels die Gemeinden doch die ganzen Kosten zu tragen hätten, erklärte: „Dann haben wir auch das Heft der Polizei selbst gründlich in der Hand.“ Ein Verständnisvorschlag der Demokraten, dem auch die Regierung widerstreitend nachgab, die Kosten für beide Teile zu halbieren, fand nicht die Zustimmung aller Bürgerlichen und im Schlussteil stimmte ein Teil von ihnen in hoher Eintracht mit den Unabhängigen und Kommunisten gegen Kapitel 48, so daß nur die SPD. und ein Teil der Bürgerlichen für das Werk des Ministers eintreten. Es mutete fast wie ein Karnevalsscherz an, daß der Antrag der Kommunisten, das ganze Kapitel 48 zu streichen, zunächst von allen Parteien abgelehnt wurde, daß aber im Endergebnis der Einzelbestimmungen dieses Verlangen doch erfüllt wurde.

Selbst wenn die prinzipiellen Bedenken der USP. gegen die Verstaatlichung der Polizei richtig wären, was sie nicht sind, dann bleibt ihr Verhalten bei der Abstimmung im Finanzausschuß A doch unverständlich. Denn daß von einer geistigen Umstellung der Polizei, von ihrem sogenannten Indie-Hand-kommen durch die Gemeinden so lange nicht gesprochen werden kann, als die Anstellung, Verbesserung und Beauftragung der Polizei sowie die Ernennung der Vorgesetzten in den Händen der Bürgermeister oder Stadträte liegt, sollte einleuchten, ebenso, daß einer sozialistischen Regierung die Umstellung der Polizei zu Diensten des demokratischen Staatsgedankens weit eher möglich ist. Man vergenwärtige sich, daß die USP. Regierungspartei ist. Trotzdem lehnt sie eine Vorlage ihres eigenen Ministers ab. Dann wird die Vorlage trotzdem Gelesen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Regierung die Mittel für das einmal beschlossene Gesetz beschaffen muß und daß damit auch die Regierungsparteien für diese Mittelbeschaffung einzutreten haben. Könnte man die erste Toraht der Ablehnung des Gesches im Hinblick auf die Zustimmung der Bürgerlichen immer noch verstehen, dann ist die Abstimmung der Bürgerlichen immer noch verstehen, dann ist die Abstimmung der Mittel durch die Unabhängigen zur Zeit ganz unverständlich, zumal sie sagen, aus welchen Motiven heraus auch ein Teil der Bürgerlichen die Mittel zu verweigern und damit das ganze Verstaatlichungsgeley zu Fall zu bringen willens war.

Alo die Gewerbe- und Grundsteuer im vorigen Jahre vor der gleichen Ablehnung stand, da sprangen in letzter Stunde die Kommunisten ein und erklärten, daß sie grundfachliche Gegner dieser Vorlage seien, daß sie aber mit Absicht auf das Erstellen der sozialistischen Regierung dagegen den Vorlage stimmen würden. Das war politische Klugheit. Was hier dagegen von der USP. als Regierungspartei geschieht, ist politische Unfähigkeit in ausgesprochenster Art; denn es ist geeignet, das Ansehen der Regierung und der einzelnen Minister auf das gründlichste zu untergraben. Schon allein die Rücksicht auf den eignen Minister Lipinski sollte zu einem andern Handeln genötigt haben.

Noch läßt sich die volle Auswirkung dieses Beschlusses nicht übersehen. So viel kann aber heute bereits besetzt werden: Rinn, die USP. auch im Plenum nicht eine andre Haltung ein, dann erscheint es fraglich, ob die Regierungskoalition eine solche Belastung noch weiter vertragen kann. Wir hoffen aber, daß auch hier die praktische Vernunft noch in letzter Stunde siegen wird.

Zu diesem Unrat zunächst einige allgemeine Bemerkungen: Wenn Herr Bethke unterstellt, die USP. habe bei ihrer grundfachlichen Haltung vielleicht die Aufstellung gehabt, sie dielebt nur vorübergehend in der Regierung und wolle deshalb dem Staaate ein Machtmittel geben, so ist das eine Unverschämtheit, die auch dadurch nicht gemildert wird, daß sie von jemanden kommt, der selbst von einem Teil seiner Parteifreunde als gebanntenloser Schwächer eingeschaut wird. Aber Herr Bethke braucht diese Aufmerksamkeit von seinen unmöglichsten Konstruktionen abzuhalten. Auf der gleichen Höhe steht die „geistige“ Kombination über die „Motive“ der Bürgerlichen. Herr Bethke sagt, er versteht unsere Haltung nicht. Mag sein, er versteht auch vieles andere nicht, über das er um so lebhafter schwägt. Er irrte aber ganz gewaltig, wenn er annimmt, die Bürgerlichen hätten deswegen gegen das Kapitel gestimmt, weil sie das Verstaatlichungsgeley zu Fall bringen wollten. Bethke unterstellt hier abschließlich, daß das Kabinett einige Tage vorher selbst beschlossen hatte, die Durchführung der Verstaatlichung hinauszuschieben, was die Bürgerlichen eben nicht wollten. Nein, die Bürgerlichen waren ganz andere, als Herr Bethke glauben machen will. Die Bürgerlichen wollten, wie B. ganz richtig sagt, ein „gutes Gesetz“ machen und rechneten dabei auf die politische Weitgängigkeit der Rechtssozialisten und ihre Virtuosität im Umfallen. Deswegen stimmen sie gegen die Positionen und waren dann sehr bestürzt, als sie den Erfolg sahen.

Und nun noch einige Bemerkungen zur Sache selbst. Die USP. hat in der ganzen Polizeifrage von Anfang bis zu Ende eine konsequente Haltung eingenommen. Der rechtssozialistische Vorsitzende des Haushalttauschusses A, Winter, hat das vor gestern im Verteilerausschuß ausdrücklich festgestellt. Damit dürfen die gemachten Untersstellungen Bethke erledigt sein. Falsch ist keine Behauptung, daß es sich um eine Vorlage Lipinskis gehandelt habe und daß die Regierung gezwungen gewesen sei, in diesem Jahre die Verstaatlichung unter allen Umständen durchzuführen. Alle Vorlagen, die an den Landtag kommen, sind Vorlagen des Gesamtministries und nicht eines Ministers. Die Polizeivorlage war ebenfalls nur eine Vorlage Lipinskis, wie das Schulden- dafarzgesetz eine Vorlage Flechters war, der nur als Kultusminister den Entwurf vorbereitet hatte, der durch den Einspruch rechtssozialistischer Minister derart vorhanden war, daß er bei keiner einzigen Partei freundliche Aufnahme fand. Das Gesetz über die Verstaatlichung der Polizei spricht davon, daß das Ministerium die Polizei nach Verstaatlichung unter allen Umständen verstaatlichen kann. Von einem Zwange der Durchführung für dieses Jahr war also gar keine Rede.

Richtig ist, daß bei den früheren Beratungen im Rechtsausschuß Differenzen bestanden haben zwischen der USP-Fraktion und Lipinski, der die Regierungsvorlage zu vertreten hatte. Herr Bethke vergleicht aber, mitzutun, daß die politische Haltung der USP. glänzend gerechtfertigt worden ist, und daß in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Fraktionen erklärt worden ist, daß das Kabinett schließlich geworden sei, mit Rücksicht auf die inzwischen offenbar gewordenen Schwierigkeiten die Durchführung des Volksgesetzes zur Zeit auszuschließen. Wenn Herr Bethke das seinen Herren nicht unterstellt hätte, hätte er freilich nicht von einer politischen Unfähigkeit der USP. fabeln können. Die politische Unfähigkeit lag auf der anderen Seite. Sie bestand darin, daß die SPÖ-Fraktion ihren Minister zum Umfall zwang und dadurch die Arme herbstföhrt.

Und nun noch ein Wort zu dem albernen Gerede von der Polizei als Machtkomplex. Die entmilitarisierte Polizei — und das soll sie doch sein — ist in der Hand der Gemeinden, sondern dann, wenn — wie es die neue Gemeindeordnung vorsieht, die Macht nicht mehr bei den Stadträten, sondern bei den Gemeindevertretern liegt, niemals ein Machtmittel, das dem sozialistischen Staate geschickt werden könnte.elleicht überlegt sich Herr Bethke einmal, ob nicht eine größere Gefahr besteht, wenn eine nicht ganz zuverlässige zentralisierte Polizei vorhanden ist. Auf die plumpen Drohung mit der eventuellen Sprengung der Regierungskoalition brauchen wir heute nicht einzugehen. Unter keinem Punkt zu dieser Frage ist hinlänglich bekannt. Daß Herr Bethke auf unsere Vernunft Hoffnungen setzt, eht uns ganz aufrichtig. Voller ist das ein einfaches Vertrauen. Wir haben die Hoffnung, daß bei Bethke einmal die Vernunft siegen könnte — eine Hoffnung, die nie sehr groß war. — längst endgültig aufgegeben.

## Besserung des Arbeitsmarktes.

Der sächsische Arbeitsmarkt hat in der letzten Woche eine Besserung erfahren. Die Erwerbslosenraten haben sich überall vermindert, der Nachfrage nach Facharbeitern konnte nicht in vollem Umfang entsprechen werden. Die Befreiung erfreute sich vornehmlich auf die Gruppen des Baugewerbes, der Metallindustrie und auf die ungeliebten Arbeiter. Die Klagen über Kohlen- und Rohstoffmangel sind noch nicht verstimmt. Im übrigen war die Lage im wesentlichen unverändert.

**Chemnitz.** Die Chemnitzer Industrie hat sich bereit erklärt, bis 31. März 1923 70 bezugsfähige Wohnungen von mindestens 1 Quadratmeter Wohnfläche zu schaffen. Das entspricht einer Bauumme von zur Zeit 10 Millionen Mark. Auswärts sollen in diese Wohnungen nicht aufgenommen werden. Für das Rechnungsjahr 1923/24 ist die Zuführung in Aussicht gestellt zu sein. Auf die schnelle Weise für die Neuschaffung von Wohnungen bemüht zu sein.

**Plauen i. B.** Wegen Schneeverwehungen mußte der staatliche Kraftwagenbetrieb auf der Strecke Plauen-Hof eingestellt werden.

**Pirna.** Beim heiligen Wohnungsmite waren Ende vergangenen Monats 979 Wohnungssuchende eingetragen.

## Aus der Umgebung.

**Leipzig-Marschleben.** Der bei der Gemeinde beschäftigte und mit der Ressortführung beauftragte Sekretär Seidel hat hier Unterschlagungen von rund 30 000 Mark begangen und ist gefangen. Nicht eingezogen werden. Die Unterschlagungen waren dadurch möglich, daß er Unterhändler falsche und eingegangene Beträge nicht verbucht, so daß der Kassenprüfer die Gehaltsränge erst bei der Rechnungslegung finden konnte.

**Rötha** Montag, den 27. März, 148 Uhr, in „Stadt Leipzig“. Fortsetzung des Diskussionsabends.

**Quasenitz.** Die Gemeinderatswahl findet morgen Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. Ortsstelle Hähnchen wählt bei Söhlklin, Ortsstelle Quasenitz bei Werndt. Versammlung feierlich, rechtzeitig zu wählen. Alle über 20 Jahre alten Personen können wählen. Nach 6 Uhr abends wird niemand mehr zur Abstimmung zugelassen.

**Auf zur Wahl für die Liste Nebig!** An die Gemeinderatswähler ergibt in leichter Stunde noch einmal die Wahlung, für die Arbeitervote der USP. eifrig zu agitieren. Die bürgerlichen Parteien machen diesmal die größten Anstrengungen, die Mehrheit zu erhalten. Der uralte Verleumdungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft ist in vollem Gange. Den besitzenden Kreisen liegt es schwer auf den Nerven, daß sie seine Vorrechte mehr bestehen. Was ihnen das Gesetz verleiht, ersehen sie durch Trug und List. Der leidige Arbeitervähler muß an die Urne. Die Blutsauger unseres Wirtschaftslebens dürfen nicht gewählt werden. Es wäre ein krasiges Zeichen, wenn die wirtschaftspolitische Bauenliste die Mehrheit erhielte. Und noch dazu mit solchen Größen an der Spiegel! Die Liste des wirtschaftlichen Wahlaußschusses ist darauf zugeschnitten, den Landwirten und sonstigen Grundstücksbesitzern Mandate zu verschaffen, die sie ausschließlich im Interesse des Grundbesitzes ausüben werden. Mietz, wird gewarnt! Das Reichsministerengesetz wird euch eine Verdopplung der Mieten bringen; sorgt dafür, daß auch die Bauern und Hausbes



# Sugendbewegung

## Neugeboren.

Aufreihen will die Erde ich,  
Bis mir ihr Kern entgegen springt  
Und den ganzen Wust von Zweifeln,  
Habgetränkten Heuchelworten,  
Zeitungslügen, Bücherlechen  
Will ich senken in die Grube.  
Und mein altes, immerfort gebrochenes Leben,  
Das nicht Tiere, nicht Menschensehnsucht war,  
Werf ich hinterher.  
Dann den schwersten alter Steine,  
Einen Riesenmeteot,  
Rolle ich herbei,  
Dah das Grab sich nie mehr öffne.  
Aufzichten will ich dann darauf ein Bild,  
Herrlich rogend, unvergänglich:  
Meine neugeborene, fesslose Seele.

Erich Grisar.

## Sozialistischer Studentenkongress in Leipzig und proletarische Jugendbewegung.

Die gemeinsame Versammlung mit den sozialistischen und kommunistischen Studenten im Auguste-Schmid-Haus, der eindrucksvolle Demonstrationszug mit ihnen durch die innere Stadt und das Gesöhnnis gegen seitigen Helfens vor dem Reichsgericht abzulegen, ist auch allen noch im Gedächtnis. Zwischen Hand- und Kopfarbeitern ist von jeher eine Kluft gewesen; daß die Studenten sich am Freitag vor acht Tagen frei und offen mit unter eure roten Fahnen stellten, das hat sie euch ein Stück näher gebracht. Meist stammen sie aus der Bürgerklasse, die schmalen, ernsten Gesichter; andre, schöneren Jugenderinnerungen besitzen sie als ihr, bis zum zwanzigsten Jahre belieben sie eine Realschule oder ein Gymnasium, während ihr schon sechs Jahre in die Fabrik ging oder im Kontor sahet. Mehr als die Hälfte unter ihnen ist mit dem Elternhaus zerfallen, hat die Sitten und Formen einer sogenannten guten Kinderstube abgeworfen. Väter und Mütter sehen in ihnen die ungetrennten Söhne. Wo er geht und steht, in der elterlichen Heim oder auf der Universität, immer befindet der proletarische Student sich im Kampf. Er arbeitet, arbeitet genau so wie sie für die Gemeinschaft, genau so wie die Eisenstraße, die ihr gedreht, genau so wie das Buch, das ihr gefalzt, genau so ist seine Arbeit gesellschaftliche Arbeit. Er weiß, daß sein Platz an eurer Seite ist. Er will zu euch kommen.

Die Berichte der deutschen und österreichischen Ortsgruppen der sozialistischen und kommunistischen Studenten, die auch das Verhältnis zu der proletarischen Jugendbewegung behandeln, waren recht bemerkenswert. In den meisten Universitätsstädten ist der sozialistische Student steter Gast oder Führer der am Orte bestehenden Jugend, steter Wandergäste auf froher Sommerfahrt. Gerhardt Brandes vermittelte das in Leipzig, wie er durch seine Begrüßungsworte an den Kongress ausschrie. R. B. Schiffel lobte das Fernhalten und Zurückgezogenein in seinem Reserat: Student und Proletarier aufs schärfste und bewies die studentischen Genossen auf den Weg der Jugendarbeit als den ihrer Pflicht.

Um uns ist es nun, gerade die Leipziger sozialistische Studentengruppe aus ihrer Höhlung herauszuzerren und für uns zu gewinnen. Es wird mancher unter ihnen sein, der uns etwas bringen kann. Die Zentrale der hiesigen proletarischen Jugendvereine werden die Aufgabe haben, aus dem bisherigen Diskussionsklub proletarischer Studenten eine Schar eifriger Mitarbeiter für praktische Jugendarbeit heranzuziehen.

## Mädchen, auf zur Osteragitation!

Die Zeit der Oster-Agitation steht wieder vor der Tür. Tausende Arbeiterkinder verlassen die Schule und werden von den verschiedensten Jugendorganisationen umworben. Unter ihnen befindet sich auch die Sozialistische Proletarier-Jugend. Alle die andern Jugendverbände treten Wohlwollen heuchelnd an die Jugend heran. Das bürgerliche Wohlwollen besteht darin, die Jugend vom sozialistischen Erkennen der Umwelt und vom Weg zu ihrer Klasse fernzuhalten. Unsre Aufgabe ist es nun, die Jugend zu denkhafte, gesittig geweckte Menschen heranzubilden. Dafür ist es überall noch so, daß die Mädchen viel schwächer an der Organisation beteiligt sind als die Burschen. Verschiedene Umstände halten die Mädchen noch von der Beteiligung in der Organisation ab. Die alte bürgerliche Erziehung, die auch in proletarischen Kreisen existiert, hat es bis jetzt noch nicht gelassen, daß sich das weibliche Geschlecht mit wirtschaftlichen und politischen Fragen eingehend beschäftigt. Hier muß unbedingt Aenderung eintreten.

Überall können wir eine geringe Beteiligung des weiblichen Proletariats in der Arbeiterbewegung und auch in unserer Jugendbewegung beobachten. Das ist nicht zuletzt auf die Art der Erziehung des weiblichen Geschlechts zurückzuführen.

In unserer Sozialistischen Proletarier-Jugend soll das Mädchen gemeinsam mit dem Burschen sich körperlich und geistig bilden können. Körperlich durch Spiel und Volksanz, Wandern usw., geistig durch Werktäze, Kultur und in Arbeitsgemeinschaften. Es soll versucht werden, nachzuholen, was das Bildungsteam in der Schule an uns gespendet hat. Im Spielen soll die Jugendfreunde finden und mit Freude heranwachsen. Die bürgerlichen Jugendorganisationen benutzen das Spiel der Jugend, um diese freilegend über ihr Ende hinwegzutäuschen. Wir sind von dem Willen besetzt, neben dem Spiel in Verbindung mit angeregter Gelehrtheit für die Jugend ihr zum Weg zum Wissen und Erkennen zu ebnen. Das wird in den bürgerlichen Organisationen absichtlich unterlassen. Deshalb müssen wir planmäßig und einzeln den uns fernstehenden Jugendlichen werben, um sie für unsere Bewegung zu gewinnen.

Als sehr wichtig erachten wir es, wenn Jugendgenossinnen zu den Mädchen, welche die Schule verlassen, gehen und ihnen mit innerer Wärme unsre Ziele zeigen und unsre Freuden berichten. Wenn das Mädchen zum Burschen geht und ihr freundshaftlich erläutert, was sie empfunden hat, als sie ins Leben hineintrat, wenn sie von den Entlaufenen erzählt, die sie erlebte, und wie sie unter gleichgesinnten Burschen und Männern in der Sozialistischen Proletarier-Jugend ihr Gleichgewicht wiedergefunden hat, wird das Mädchen unter ihren Jugendgenossinnen mehr Erfolge erzielen als der Bursche. Tatsache ist doch, daß mit wenigen Ausnahmen die Eltern und selbst auch die Jugendlichen unserer Sache mit einem gewissen Misstrauen entgegentreten, wenn ein Bursche zum Mädchen kommt und umgekehrt. Verstärken wir durch eifriges Werben jetzt um die Osterzeit unsre Reihen, um unserm Ziel näherzukommen.

Nun jede Jugendgenossin und jeder Jugendgenosse die Zeit zum Werben, so wird auch dem weiblichen Geschlecht die Zeit nicht mehr fern sein, wo seine Forderungen nach wirtschaftlicher und politischer Gleichstellung mit dem Manne verwirklicht werden können.

Auf, ihr Mädchen, zur Agitationsarbeit! Vorwärts zum Ziel!

M. H.

## Konfirmation.

Meine Konfirmation stand im Jahre 1888 statt. Es war eine trübe Zeit für die arme Bevölkerung in der kleinen Stadt, in der es keine Industrie gab, und in der Arbeitslosigkeit und große Not zu verzeichnen waren.

Ganz besonders schlimm hatten es elternlose Kinder, alle erwerbsunfähige Leute. Jemand welche soziale Fürsorge gab es nicht. Man lebte davon, was gelegentlich verdient wurde, und das war sehr wenig. Man dachte und erachtete sich schließlich von Feld- und Forstschädeln, die allgemein üblich waren und über die nicht einmal die Pesthauser sonderlich erregt waren.

Unter solchen Umständen war die Anschaffung neuer Kleidungsstücke, neuen Schuhwerks für ein Kind unmöglich, das bei seinen armen arbeitsunfähigen Großeltern aufwuchs, und um das sich sonst niemand kümmerte. So habe ich in meiner Jugend nie einen neuen Anzug, neue Schuhe erhalten. Ich war froh, wenn ich abgelegte Kleider tragen konnte. Jettissen sie, so wurden sie gesäuft, und immer wieder gesäuft, bis sie schließlich ganz schlecht waren und zum Spott geradezu herausfordernden, der aber ertragen werden mußte.

Da kam die Konfirmation heran. Ich ausweichen konnte man nicht. Eine Weigerung, an dieser Feier teilzunehmen, wäre von der ganzen Stadt als das schwerste Verbrechen angesehen worden, und Kirche wie Schule hätten die härtesten Maßnahmen angewandt, um die Beteiligung zu erzwingen.

Zu einer Konfirmation gehörte unbedingt ein anständiger Anzug. Woher den aber nehmen? Von laufen, war unmöglich. Stadt und Kirche stellten in solchen Fällen nicht einen Pfennig für die Armen zur Verfügung. Auch die „private Wohltätigkeit“ verfügte völlig.

Schwere Stunden lamen; während andre Kinder freudig dem Tage der Konfirmation entgegensahen, waren meine Großmutter und ich mit Sorge erfüllt. Ein Anzug mußte beschafft werden, doch wie zu ihm kommen. Das war eine schwierige Frage.

Endlich wurden wir aus der Pein erlöst. Ein mildeidige Familie, deren ältester Sohn im Vorjahr konfirmiert worden war, erbte sich, mit den Anzug ihres Sohnes für die Feier zu leisten. Freilich nur für den Vormittag, denn die Familie war auch nicht begütert, und der Junge besaß nur diesen einen „Sonntagsanzug“, den er im Vorjahr zu seiner Konfirmation erhalten hatte. Er wollte am Vormittag auf den Ausgang und auch auf Kirchgang verzichten. Am Nachmittag sollte ich ihm die Kleider wieder zur Verfügung stellen.

Ich erhielt den Anzug. Froh wanderte ich zur Kirche. Wußte ich doch, daß der Gang keinen Hohn heroortet, daß mich nicht hämische Blicke verfolgten. Und das war mir die Hauptfache.

Als ich aus der Kirche heimkehrte, zog ich den Anzug aus, und er wurde seinem Eigentümer zugestellt, während ich wieder zur alten Lust greifen mußte.

Und während am Nachmittag die andern Konfirmanden in ihren neuen Anzügen durch die Stadt strömten und sich den staunenden Kleinbürger zeigten, sah ich zu Hause und traurte. Eine solche Situation verwundete tief ein kindliches Gemüte zu jener Zeit. Und ich glaube, das ist auch noch so. Nichts verlegt ein Kind schwerer als Zurückführung, Spott über seine Armut.

Das war meine Konfirmation.

## Du und das Geschlechtliche.

Wie ein junger Arbeiter in den Sumpf geriet und den Weg sand, der ihn wieder herausführte.

In der Jugend-Beilage unseres Pfauener Bruderblattes lesen wir:

Nach einem Abend im Jugendheim. Neben einer älteren Genossin geht ein 16jähriger Bursche. Seit kurzem erst hat er sich und geschlossen. Was er vorher erlebte, erzählt uns die Genossin:

„Deine Worte heute abend haben mir wieder Selbstvertrauen gegeben, sie haben meine Energie, meinen Willen gestärkt; ich will ein ander Mensch werden.“ sagte er. Wie klang das nach dem, was wir gerade in der Jugendabteilung besprochen hatten, wie ein Entschluß, den nur jemand fassen kann, der Schweres erlebt hat. Einen Augenblick schwiegen wir beide. Dann fragte ich ihn, warum er ein ander Mensch werden wolle. Er blieb mich ägernd, ungeschlüssig an, begann dann aber: „Ich habe zu dir Vertrauen, denn du wirst mich verstehen, mir helfen, ich muß mich einmal aussprechen. Wir sind zu Hause sieben Geschwister. Meine Mutter hat immer mitverdienen müssen, da der Verdienst meines Vaters zum Leben nicht reichte. Die große Schwester mußte schon als Kind dem Haushalt vorstehen und wir kleinen Geschwister waren der Strafe überlassen. Ich war ein Butze und schon in der Schule immer einer der letzten, dabei aber nicht dumm; nur arbeiten wollte ich nicht und befam darum häufig den Rohrstiel zu spülen. Jedoch lebt weiß ich, daß ich dadurch nur immer trostloser wurde. Auf der Straße nun kam ich mit älteren, aus der Schule entlassenen Jungen zusammen. Abends schickten sie mich dann mit dem Beimerk zu nach Hause, wo sie hingingen, könnten kleine Kinder nicht mit hinkommen. Das war in meinem letzten Schuljahr. Als ich aus der Schule entlassen wurde und meine Freunde mich abends immer wieder nach Hause schickten, war meine Eitelkeit erweitert und ich versuchte, um einmal zu beweisen, daß ich auch „etwas wüste“, und zum andern, um meine Neugierde zu befriedigen, das Gespräch auf die Mädchen zu bringen. Wenn ich jetzt an diese Unterhaltungen denke! Damals schon „wußte“ ich allerlei, aber meinen Freunden gegenüber war ich ein Matschkind. Endlich wollte man mich einmal mitnehmen. Zuerst besuchten wir das Panoptikum, das ich aber mit sehr gemischten Gefühlen verließ. Ich war aus dem Geschauten nicht schlau geworden. Und dann — acht Tage später — hatte ich meinen Freunden bewiesen, daß ich auch ein „Mann“ war... Mitte hinein in den Sumpf, hatte man mich gebracht. In unserer Nähe war eine Gartwirtschaft, in der die nichts-nutzigen Weiber ihr schmückes Handwerk betrieben. Nun ging es mit mir immer weiter bergab. Oftmals kam ich erst Sonntagsmorgens nach Hause, kurz bevor meine ahnunglosen Eltern aufstanden, die mein Kommen und Gehen nicht bemerkten. Zwei Jahre führte ich dieses Leben. Ich war mißmutig, arbeitsunlustig, meinen Eltern gegenüber faßig und nachlässig. Bis ich zur Jugendbewegung kam. Hier bin ich zum Denken angeregt, löse mich von meinen Freunden los, die mich deswegen mit Verachtung strafen und suche nun eine reinere Auffassung über das Geschlechtliche zu bekommen. In diesem Entschluß, den mir allerdings schwer gefallen ist, werde ich durch euch immer mehr bestärkt.“

Möchte es nur mehr solcher Jugendlichen geben, die auch zu ihren Eltern, ihrer Mutter, so ehrlich und ohne Maste sprechen! Für die Eltern ist es schon besser, daß sie von ihren Kindern so bittere Wahrheiten hören, als daß sie hinters Licht geführt werden.

## Charakter.

Charakter! Das Wort hat einen harten tapferen Klang. Mit Hochachtung, ja Bewunderung spricht man von einem Menschen, der wirklich Charakter hat, der selbstgewählten Lebensweg geht, ohne sich von andern Menschen drinreden zu lassen, ohne sich dem widrigen Geschick zu beugen. Das ist Starkbürgertum? Weit von entfernt! Die Starkbürgertum rennt blindlings ins Ungewisse hinein, der Charakter wagt und ragt nach unerschütterlichen Grundzügen, er bildet und hält nach festem Richtschnur,

Wollen wir Jungvoll, die wir im Kampf uns Datein stehen, etwas erreichen, so müssen wir einen Charakter haben. Das spielerische und kindlose Hin- und Herchwanken ohne die feste Stütze des Willens führt zu nichts und verbittert das Leben. Nicht zurückzudenken sollen wir vor äußerlichen Hindernissen, sondern mit starker Hand aufwaden und sie niederzwingen, koste es, was es wolle! „Ich will!“ Dies Wort hat schon manchen wieder hoch gebracht, der sich durch allerlei Widrigkeiten hatte niedergedrückt. Schreibe auch du es auf dein Banner und lese dich mit der ganzen Macht deiner Persönlichkeit für dieses „Ich will!“ ein!

Eins aber ist zu beachten: Charakter kann man nicht erlangen oder befestigen durch Ermahnung und Zureden, auch nicht durch stolzhafte Einpausen übernommener Grundzüge, sondern allein im freien, bewegten Leben. Goethe hat das einmal schön ausgedrückt: „Es bildet ein Talent sich in der Stille, sich ein Charakter in dem Strom der Welt.“ Was man sich kämpfend errungen hat, — mit sich selbst und mit der Welt —, das sieht auch fest fürs ganze Leben.

Ein ehrlicher Charakter ist mehr wert als noch so viele Verstandesfähigkeiten. Schaut auf die Führer der Arbeiterbewegung und andre Freunde des Proletariats: was sie stark machte, war neben ihrem Willen ihr ehrlicher, unbesiegbarer Charakter, der sich durchsetzte und wenn die Welt voll Tadel wär. An alles mit unserer ganzen Eigentümlichkeit heranzugehen und mit festem Vorfaß es zu einem guten Ziele zu bringen, das sei unser oberster Grundzüge! Der zweite: Niedergewungen, was uns an der Ausführung des einmal als gut Erkannten hindern will. Vom Charakter erwarte man Festigkeit, Entscheidlichkeit und Folgerichtigkeit. Wohl dem, der sich die Fähigkeiten schon in der Jugend erzeugt! Die Welt wird nicht ihn, sondern er wird die Welt mestern.

## Aus der Bewegung.

Heraus zur Landdagitation!

Jugendgenossinnen und -genossen! Lassen wir die Worte, die auf dem Parteitag in Leipzig über Landdagitation gesprochen worden sind, nicht ungehört verhallen; jeden wir sie in die Tat um. Wenn wir einmal aufmerksam die Verhältnisse auf dem Lande verfolgen, so sehen wir, daß die letzten Jahre auch an der Landbevölkerung nicht spurlos vorübergegangen sind, daß der Weltkrieg und seine Folgen die Entwicklung der Klassengenossenschaft unheuer verschärft hat. Wir wissen, daß auch das Landproletariat unter dem Krieg zu leiden hatte. Die Landbewohner gehörten vor dem Kriege zu den zufriedensten Arbeitern, kaum 20.000 Arbeiter von mehreren Millionen waren freigewerkschaftlich organisiert. Erst später, als der Landarbeiterverband sich entwickelte, wurde es anders. Aber das genügt allein noch nicht. Wir brauchen auch das Landproletariat zur Erringung des Sozialismus. Daher ist es dringende Aufgabe aller Sozialisten, die Landbewohner aufzulockern. Wir müssen sie durch planmäßige Propaganda für die proletarische Revolution gewinnen. Wir als sozialistische Proletarierjugend haben die besondere Pflicht, für den Sozialismus Pionierdienste unter der arbeitenden Bevölkerung des Landes zu leisten. Unsre Aufgabe ist es, die große Masse der Bauernjugend, die uns noch feindlich gegenübersteht, durch Aufklärung für unsre Ziele zu gewinnen.

Die Arbeit muss planmäßig aufgenommen werden. Jede Ortsgruppe von uns muß einen bestimmten Bezirk übernehmen. Auch unter Gebetsleiter können tägliche Arbeit leisten. Oftensichtliche Jugendversammlungen müssen einberufen werden, in denen über Zweck und Ziel der SPJ, gesprochen wird. Wo es notwendig ist, müssen mit Unterstützung der Erwachsenen Ortsgruppen der SPJ ins Leben gerufen werden. Jugendgenossinnen und -genossen! Auf uns gemeinsame Werk! Seht alle mit! Durch praktische Mitarbeit werdet ihr bald reiche Erfahrungen zu Nutzen und Frommen unserer Bewegung sammeln. Darum, heraus zur Landdagitation!

O. N.

## Nochmals Mädchenabende.

Ein ältere Genossin schreibt uns zu diesem Thema?

Jugendgenossen! Gestaltet auch einer älteren Parteiengenossin, zu euren Mädchenabenden Stellung zu nehmen. Der Titel des Genossen, der mit k. i.zeichnet, hat meine volle Zustimmung. Er erfüllt sich also, auf die einzelnen Punkte nochmals einzugehen. Die Ausführungen der Genossin E. G. dagegen lösten bei mir einiges Bedenken aus.

Jugendgenossen! Wenn die ältere Genossin, die oft erst in jüngeren Jahren für die Partei gewonnen wurde, sich heute mit ihren mangelhaften Vorkenntnissen vor die geschulteren Genossen zu treten, und lieber erst ihr Wissen in besondern Frauenschwankungen bereichert, und später, sicherer geworden, hier leichter einmal das Wort ergreift, so ist das einigermaßen zu verzeihen und zu entschuldigen. Aber ihr, Mädchen! Mit der gleichen Volksschulbildung ausgerüstet, wie die Burschen, also unter gleicher günstiger Voraussetzung, tretet ihr der S. P. I. bei. Ist der 15–16jährige Bursche euch tatsächlich schon so überlegen, daß ihr nicht wagen könnt, den Mund aufzumachen, ohne ausgelacht zu werden, so beweist das doch nur, daß ihr nicht genug an euch arbeitet und den ersten und bedeutenden Veranstaltungen eurer Organisation nicht das unbedingt nötige Interesse entgegenbringt. Handelt es sich aber um die althergebrachte eingebildete Überlegenheit des Burschen gegenüber dem Mädchen, dann, bietet ihr doch lieber die Stirn. Macht dem Burschen, der sich so viel kluger dünkt als ihr, klar, daß er, und sei er noch so intelligent, gleich auch ein Vornen und nach Vervollkommenung strebender ist. Aber greift nicht wieder zu Sonderveranstaltungen! Läßt die Mädchenabende fallen, die für euch Jugendliche völlig sinnlos sind. Ihr legt euch Ketten, die viele ältere Genossinnen gezwungen tragen mußten, freiwillig wieder an den Fuß. Um mit den Burschen allein Schritt halten zu können, braucht ihr keine besonderen Mädchenabende. Durch kindliche Übungseinheiten einzelner Burschen nicht erreichen lassen und im ersten Streben nach geistiger Weiterbildung kräftemäßig mit dem Jugendgenossen wetteifern, gelangt ihr eher zu Selbständigkeit und geistiger Reife.

## Schick eure Kinder in unsere Kindergruppen!

Um unsre Kinder vor den Gefahren und moralischen Schädigungen der Straße zu bewahren, um sie zur Gemeinschaft, zur proletarischen Solidarität zu erziehen, um ihnen Gutes und Schönes zu bieten, fröhle Lieder, schwule Tänze zu üben, Spaziergänge mit ihnen auszuführen, für ihre Unterhaltung und Belehrung zu sorgen, haben unsre Genossinnen in allen Stadtteilen sozialistische Kindergruppen gegründet. Im sozialen Teil der Volkszeitung werden ihre Veranstaltungen immer angekündigt. Kommt mit euren Kindern zu uns, ihr werdet es nicht bereuen und auch noch gern an manche fröhliche Stunde erinnern.

## Werden.

Von Osten gen Westen über die Erden wandert gewaltig ein Menschenwerden, Haupt in Wolken, hoch im Schritt — Menschenwerden, nimm mich mit!

Hier wird keiner mitgenommen. Selber schreiten nur kann frommen!

Hermann Claudio (Hamburg).

# Feuilleton

## Die alte Frau.

In wilden Neigen wirbeln durchgewachte Nächte.  
Silberstrukte um dein Haupt.  
Um deine Lippen zittern Schmerzensschreie  
Längstverhasste.  
In deinem weisen Munde hängt  
Ein Fehen noch des Hungertuchs,  
An dem du nagest um der Kinder willen,  
Die du aufzogst.  
Die Kinder deiner Kinder gruben Fäden in dein Antlitz  
Und in den Künzeln deiner Söhne  
Begrüßt du deine Toten.  
So ragt du notverkörpernd stumm und mahnend  
In das Getöse unsrer Tage und ihren Freudesthawall.  
Nur deine Augen spiegeln hellen Glanz;  
Denn du auch lebst: Jugend, Freude. — Erich Grisar.

## Der einzige Weg.

Roman von Paul Reboux.

Übersetzung von Rudolf Fürst.

Copyright 1921 by Grethlein u. Co., G. m. b. H., Leipzig.

### Der einzige Weg.

Freudige Tage!

Real war von einer Wonne besetzt, die er sich nicht mehr zugetraut hatte. Er fühlte sich leicht, zuverlässig, mutig, jung. Sein Gesicht verlor den Leidenszug. Er betrachtete sein Leben mit Ruhe und blieb vertrauensvoll in die Zukunft. In seinem Körper und seinem Geist schien lange Zeit ein ungenutzter Vorrat von Kräften gesammelt zu haben. Nun lebte er sie in Leben um. Alles gewann in seinen Augen an Schönheit und Reiz. Er fühlte keine Bitterkeit mehr, nur noch Wohlwollen und Mitfleß.

Auch die Yonne war ein neues Glück ausgebüßt. Seit langer Zeit hatte sie für Real Anhänglichkeit und Zärtlichkeit empfunden. Diese Gefühle hatten sich logar in jenem Augenblick verstärkt, als ihre Autrichen am weitesten auszulandergingen. Sie hatte sich ihm hingegangen aus Dankbarkeit für die warme Freundschaft, die ihr Real vom ersten Tage an erwiesen hatte, aus Erinnerung vor seinem Heldentum, aus Mitfleß für den bedauernswerten Märtyrer, der sich ihr anvertraut hatte, aus dem Gefühl der Unmöglichkeit, ihn so leiden zu sehen, ohne ihm zu Hilfe zu kommen. Jeht überließ sie sich einer überströmenden Freude. Sie wurde geliebt! Von einem Mann wie Jacques Real! Sie erschütterte in ihrem Stolz, wenn sie sich diese Worte vorstieg.

Sie waren so glücklich. Real war für Augenblicke bis zur Kindlichkeit vergnügt, und er fand nur den einen Wunsch, Yonne ein schönes und vornehmes Leben zu bereiten. Sie mußte ihn bisweilen zur Vernunft mahnen.

Sie beschloßen, ihr Glück geheim zu halten. In einem Dörfern am Walde von Fontainebleau mieteten sie ein Häuschen mit schöner Aussicht. Hier lebten sie und summerten sich nicht um die Welt.

Einige Frau Baravere wußte um diesen Unterschlupf. Einige Möbel Yonne, Reals Bücher und der ihm verbliebene Teil des Hauses genügten für eine sehr einfache Ausstattung, die ganz ihren Wünschen entsprach.

Hier brachte Real seine Gedankengänge zu Papier. Er versuchte, die Vernunftgründe darzulegen, die ihn veranlaßten, eine französisch-deutsche Versöhnung als Grundlage eines europäischen Völkerbundes vorzuschlagen. Wer konnte es wissen? Vielleicht würde dieser Gedanke, der sein Leben zerstört hatte, sobald er erst einmal ausgesprochen war, in Deutschland wie in Frankreich donnernde Stimmen des Gewissens wachrufen, vielleicht genügte es, daß ein ehrlicher Mann ein vernünftiges Wort sprach, um ihm die öffentliche Meinung zuzuführen.

Eines Abends sagte er zu Yonne:

Hör mir zu!

Und er las ihr die folgenden Ausführungen vor:

### Der einzige Weg.

Ich lege mich für die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ein:  
weil meine Liebe zu Frankreich nicht durch Hass und Hochmut besiegt ist, und weil ich es ablehne, uns nochmals durch die Eitelkeit der Diplomaten, den Ehrengel des Generalsabes und die Händler der Wechsler und Händler ins Verderben reihen zu lassen.

II.  
Unsre heutige Lage erlaubt uns nicht, die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland von der Hand zu weisen:  
weil die Völker entstehen, blühen, welken und sterben, wie die Sitten, die Menschen, die Denkmale, die Waldbäume;  
weil es einem guten Franzosen nicht glemt, die Augen vor den Zeichen zu schließen, die unser Schicksal bedeuten;  
weil es keine Heilung bedeutet, wenn man über diese Zeichen schwächt;

weil es noch weniger ein Heilmittel ist, sie zu verschweigen;  
weil die Ergebnisse der Statistik und die Tatsachen nicht dadurch umgestoßen werden, daß man die Franzosen das klügste, geschickteste und zitterlichste Volk nennt und die Deutschen als Gothe beschimpft.

III.  
Wir müssen durch ein französisch-deutsches Bündnis zur Kraft und zum Frieden gelangen;  
weil sich Frankreich auf eins der großen Völker Europas, auf das englische oder das deutsche, stützen muß;  
weil England und Amerika Nebenbuhler sind; hätten wir uns davor, daß ihre künftigen Streitigkeiten auf unserm Rücken ausbrechen werden;

weil nach dem letzten Krieg, in dem Frankreich sechsmal hunderttausend Menschen mehr verloren hat als England und Amerika zusammen, unser Frank im Vergleich zum Bünd und zum Dollar den uns allen bekannten Wert hat. Zwischen diesen beiden Ländern und uns steht es so wie zwischen jenen Ehegatten, die sich französisch getrennt haben, einander immer wieder versichern: „Wir bleiben die besten Freunde von der Welt,“ die dicke Zufriedenheit, die man aus den politischen und allgemeinen Kulturen gehen;

weil ich es für wideriger halte, mich mit meinem Feind zu verschätzen, als dem hochmütigen Nachbar, der mir nur mit Beileidsbekundungen hilft, unterwürfig zugulässeln.

### IV.

Eine französisch-deutsche Versöhnung würde Frankreich, Deutschland und schließlich den ganzen Welt zum Vorteil gereichen: weil diese Gruppe von hundert Millionen Menschen, an die sich unschbar Anhänger, sobald es zur Ruhe gekommen ist, ferne Italien, Spanien, die slawischen, ottomanischen und Balkanvölker anschließen würden, die Vereinigten Staaten von Mittel-Europa bilden würde, an deren Gestaltung von ganzer Seele mitzuarbeiten unsre Pflicht ist;

weil es Zeit ist, daß Europa aufhört, einem Krankenhaus zu gleichen, in dem sich die Kranken streiten und einander die Helfer an die Köpfe werfen, statt sie zu ihrer Heilung zu verhelfen;

weil der Versuch, Deutschland zu unserm Vorteil zu lähmten, von großer Kurzichtigkeit zeugt. Es liegt ganz im Sinne der

Engländer, weil er sie vor dem industriellen Ausschwung ihres Nebenbüchers schützt. Aber er ist verhängnisvoll für Frankreich, denn er reißt fertig Deutschlands Feindseligkeit gegen uns. Ein Jahr der Ruhe und des fruchtbaren Friedens wird uns viel reicher machen als ein Jahr unmöglicher Forderungen;

weil der Friedensvertrag, den wir zu einem Nachevertrag gemacht haben, und durchführbare Fäden enthält. Deutschland wird unsre Forderungen erst dann bezahlen können, wenn es stark genug ist — uns abzuweisen.

Frankreichs Wiederaufbau und Deutschlands Wiederaufbau können nur durch eine Versöhnung zwischen den beiden Staaten gesichert werden: weil es in Deutschland Ueberlieferung ist, daß die klugen und erfahrenden Köpfe hochgeschätzt, die Gelehrten gefordert, die Professoren ausreichend bezahlt, die Erfinder schützen, die Geschäftsleute durch ihre Regierung gestützt werden, die Diplomaten in Handelsfragen Vercheid wissen.

Ein engere Verbindung mit einem solchen Land kann uns nur zum Vorteil gereichen.

Und wie wären Verbrecher, wollten wir die Aussetzung eines großen Volkes hindern, das unserer Zeit zur Ehre gereichen wird, sobald es auf seinen schrankenlosen patriotischen Ehrengel verzichtet hat?

weil Frankreich zwischen Despotismus und Monarchie zu wählen hat, wenn es sich jener Art des Wiederaufbaus entgegenstellt. Ein solches Blühs aber würde ein Zeitalter christlicher Liebe gewährleisten, Stadtarbeiter wie Landarbeiter würden endlich einen langen Zeitraum ohne Mord kennen lassen. Die Industriellen würden nicht Mittel zum Töten, sondern Mittel zum Leben erzeugen; und die Käfer, die Steuern weniger bedrängt, würden ihren Vorrat billiger in einer Stantengruppe ergänzen können, die so groß und so ertragreich ist, daß sie fast völlig auf sich beschränkt bleiben kann.

(Fortsetzung folgt).

## 50 Jahre Völkermuseum.

Von Privatdozent Dr. Eduard Erkes, Kustos am Museum für Völkerkunde.

Am 24. März jährt sich zum fünfzigsten Male der Tag, da das Leipziger Völkermuseum von einer Anzahl an anthropologischen und ethnologischen Studien interessierter Personen unter Führung des russischen Arztes Dr. Hermann Oost gegründet wurde. Schon 1869 wurde zu diesem Zweck eine Vereinigung geschaffen, und 1870 legte die Erwerbung der großen völkerkundlichen Sammlungen des bekannten Kulturstifters Clemens den Grundstock zu den Beständen des Museums. Die Kollektionen waren zuerst im Chemischen Laboratorium, von 1873—1887 im alten Johannishospital und dann noch an verschiedenen anderen Orten untergebracht, bis sie endlich 1896 in dem jetzigen Gebäude am Königsplatz aufgestellt finden konnten. Bis 1904 waren die Sammlungen noch Eigentum des Vereins für Völkerkunde, dann gingen sie in den Besitz der Stadt Leipzig über. An der Spitze des Museums stand der Gründer Dr. Oost bis zu seinem 1906 erfolgten Tode; dann ging die Verwaltung auf den jetzigen Direktor, Professor Dr. Weule, über, unter dessen umstätigster und zielsbewußter Leitung sich das Museum zu einem der hervorragendsten Institute dieser Art in Deutschland, ja in Europa entwickelt hat.

Die Sammlungen des Museums, die teils durch Ankäufe, Zuwendungen, Legate und Unterstήlung von Forschungsstellen, teils durch eigene Expeditionen — nach Ostafrika, Brasilien, der Südsee — erworben wurden, umfassen heute etwa 170 000 Gegenstände. Fast alle völkerkundlich bedeutungsvollen Gebiete der ganzen Welt sind vertreten; besonders sind Afrika, die Südsee und Ostasien durch reichhaltige Sammlungen, teilweise durch besondere Seltenheiten und Prachtstücke repräsentiert. Als während des Krieges der Verkehr mit den östlichen Ländern so gut wie gesperrt war, wurden besonders europäische Urgeschichte und Völkerkunde gepflegt und Forschungen auf diesen Gebieten unterstützt, wie das Museum trotz seiner schwierigen Lage noch in den letzten Jahren ethnographische Forschungsreisen nach dem Balkan, Skandinavien und Finnland finanzierte und für das kommende Jahr eine eigene Expedition nach Estland beabsichtigt.

Ausstellung und Einführung der Sammlungen dürfen ohne Übertriebung als mustergültig bezeichnet werden. Leider verhindert der seit Jahren immer fühlbarwerdende Raumangst die vollständige Aufschaukelung der Bestände; manche Kulturstifte, wie Weststädte, Indien, ganz Europa sind dem Publikum gar nicht oder nur zum kleinsten Teil zugänglich; auch von der reichen anthropologischen Sammlung konnte bisher nur ein Bruchteil ausgestellt werden. Aus demselben Grunde ist der Plan, neben der bisherigen, nach geographischen Gesichtspunkten durchgeföhrten Ausstellung auch eine entwicklungsgeschichtliche durchzuföhrten, bisher nur in Anläufen verwirklicht, obgleich eine solche erst die Bedeutung der Wissenschaft, der das Museum gewidmet ist, vollkommen zum Ausdruck bringen würde.

Die wissenschaftliche und praktische Bedeutung des Völkermuseums kann gar nicht überschätzt werden. Birgt es doch das Material und Arbeitsgerät für eine Wissenschaft, die längst ihren ursprünglichen Rahmen überstritten hat und zur Grundlage der gesamten Gesellschaftswissenschaften, der Soziologie, Nationalökonomie, Psychologie, Geschichte, Rechtswissenschaft und Politik geworden ist. All diese Wissenschaften haben sich, soweit sie ernst zu nehmen sind, an den Ergebnissen der Völkerkunde völlig neu orientiert und verdanken ihre seither erzielten Ergebnisse vornehmlich dieser neuen Grundlage. Nicht minder gewaltig ist aber die Bedeutung der Völkerkunde für den geistigen Fortschritt unseres ganzen Volkes; lehrt uns doch die Ethnologie die Entstehung und zeitgeschichtliche Bedingtheit aller vermeintlichen Ewigkeitswerte und damit ihre bloße relative Gültigkeit erkennen und verstehen. Dadurch ist sie eins der wichtigsten Hilfsmittel, an Stelle traditioneller Schleuderans wissenschaftliche Erkenntnis zu setzen, mit kulturmehrnden Vorurteilen aufzuräumen und so den geistigen wie auch den politischen und allgemein kulturellen Fortschritt zu fördern.

Dieser seiner vornehmsten Aufgabe sucht das Museum seit langem dadurch gerecht zu werden, daß es nicht nur durch eingehende Einführung der Sammlungen, durch Herausgabe eines Führers und periodischer Publikationen und durch gelegentliche Führungen und Sonderausstellungen die Bedeutung der Sammlungen und der ethnologischen Wissenschaft der Allgemeinheit nahezubringen sucht, sondern es sich auch angelegen sein läßt, durch Porträts seiner Mitglieder und Karte für Interessenten eine nähere Bekanntheit mit unserem Forschungsgebiet zu vermitteln. Auch steht die reiche, alle Areale der Völkerkunde wie ihrer Hilfswissenschaften umfassende Bibliothek, der große Schatz an Lichtbildern und Photographien und der übrige wissenschaftliche Apparat des Museums jedem ethnologisch Interessierten zur Verfügung. Das Museum darf sich also mit Stolz ein Kulturinstitut im besten Sinne nennen und des Interesses aller geistigen Streitenden, namentlich aber der sozialistischen Arbeiterschaft, gewiß sein.

## Kleine Chronik.

Erläuterungen zum Symphoniekonzert des A.W.Z. am Sonntag, dem 26. März, vormitig 11 Uhr, in der Alberthalle.

Trotzdem das A.W.Z. bei den Symphoniekonzerten mit Verlust arbeitet, so hält es doch an seinem Ideal fest und läßt diese herrlichen Konzerte nicht fallen. Es wäre Pflicht eines jeden Arbeit-

Sons, diese billigen (6 M.) Konzerte so zu besuchen, daß wir unsern Hermann Scherchen in Zukunft behalten. Es macht wenig Freude, wenn man vor lästigbefülltem Hause dirigieren soll, und man sollte sich nicht wundern, wenn uns Scherchen eines Tages verlassen würde. Ich möchte hierdurch nochmals an unser künstlerisches Proletariat appellieren, diese Konzerte gut zu besuchen, damit sie uns erhalten bleiben und mit ihnen auch unser Scherchen.

Nun zu den Werken selbst: Beethoven's C-Dur-Symphonie Nr. 1 gehört dem Stil nach noch zur Ära Mozart und Haydn, aber man fühlt schon die eigene starke Art des Meisters. Schon in der Einleitung (Adagio sehr langsam) des ersten Satzes weicht er von Mozart und Haydn ab, indem er im ganzen Orchester mit einer Dissonanz (nicht wohlsliegende Harmonie) beginnt, die Beethoven in strammer Akkordbewegung bis zum Allegro con brio (sehr lebhaft) überführt. Das erste Thema ist kurz und hämmert und geht bald in ein schwärmisches über, das Beethoven in der Oboe zur Durchführung bringt und mit leichtem, großem Kontrapunkt bearbeitet. Danach erscheinen abwechselnd und in verschiedenen Gestalten die beiden ersten Themen wieder. Der zweite Satz Andante (langsam) beginnt mit einem leichtbeweglichen, naiven Motiv in den zweien Geigen, das dann von den andern Streichinstrumenten übernommen wird. Gleich darauf lebt ein kurzes, wehmütiges Thema ein, das sich später in den Oboen und Fagotten zum kräftigen Signal entwickelt; durch echt Beethoven'sche dramatische Überleitungen kommt es zum ersten Thema zurück. Der dritte Satz Allegro molto (nicht zu schnell) ist ein Menuett, schlicht, einfach, in leicht beweglichen Tanzrhythmen; im Trio Klingt ein reizvoller Tiroler Ländler durch, der in seiner Naivität sehr wirkungsvoll ist. Der vierte Satz, Finale (Schluß) wird von den ersten Geigen ruhig eingesetzt; doch es ist nur eine Täuschung, ein erster Charakter kommt gar nicht auf. Humor und Wit und im Rondo (Tanz) bewegliche, drostige Motive sprechen aus dem Satz, mit dem Beethoven jubilant und freudvoll diese Symphonie abschließt.

Joh. Brahms dritte Symphonie F-Dur erlebte ihre Uraufführung im Jahre 1883 unter Hans Richter in Wien. Sie gehört zu seinen kraftvollen Symphonien im Bau, in der reinen Saßform sowie in der Abgelenktheit zu seinen bedeutendsten. Der erste Satz Allegro con brio (lebhaft) beginnt mit einer zweitaktigen Einleitung und wechselt bald in Schmutz, bald in Freudentimmung ab, nur ein Kampfmotiv hält sich immer klar und deutlich. Dann sehen die Klarinetten mit einem Motiv ein, das in Kolorit und Rhythmus nach orientalischer Volksmusik Klingt. Brahms führt all diese Motive in einer Klarheit durch, wie man das in keinen andern Symphonien selten findet. Im Andante-Satz (langsam) sehen die Klarinetten das erste Motiv mit einer einfachen Volksweise ein, die er religiös bis zum zweiten flagenden Motiv durchführt, das sich nicht lange behauptet; die schlichte Volksweise taucht noch einmal auf. Brahms verzichtet genau wie bei seiner ersten Symphonie auf ein feuriges Scherzo; er wollte das Poetische in dem Werk nicht zerstören und so wählte er ein Allegretto (leicht bewegt). Die Cellos sehen mit einem träumerischen Motiv ein, das sich wie in Erinnerungen bewegt und dem gesellte sich ein dittend resigniertes Motiv. Das erste Trommelmotiv schleift wieder umher und schließt mit einer Steigerung ab. Der letzte Satz Allegro (sehr schnell) ist heroisch gehalten. Brahms arbeitet hier nicht nur kontrapunkisch verblüffend; ein Feuergeist spricht aus diesem Satz — daß doch, daß tief gehen die Wogen —, er entwölft hier einen überwältigenden Reichum an Phantasie. Dafür lebt der Streichkörper ein und gleich darauf erscheint ein unheimlich finstres Holzbläsermotiv. Wild und trostlos sehen die ersten Geigen im Kampfmotiv ein, die einzelnen Motive bekämpfen sich einander bis ins Softo nuto (langsam gezogen), die düsteren Themen in Frieden und Ruhe das Werk abschließen. L.

**Schauspielhaus.** Benedixens Lustspiel „Der Störenfried“ wird wegen des Andrangs, in Abänderung des Spielplanes, am Montag wiederholt. — In Vorbereitung für Sonnabend, den 1. April, „Das alte Heim“, Lustspiel in drei Akten von Gustav Egonmann, aus dem Dänischen von Rudolf Prescher. — Die Vorstellung für die Fach- und Fortbildungsschule L.-Süd am Sonntag, dem 26. d. M., beginnt bereits um 3 Uhr.

**Städtische Theater.** Die Intendanten weist auf das Gastspiel des Kammersängers Dr. Oskar Böck von der Berliner Staatsoper als Radames in der heutigen Uraufführung nochmals hin.

— In der Carmen-Vorstellung am Sonntag, dem 26. März, gastiert Ponca von Ferencz vom Stadttheater in Magdeburg als Carmen und Karl Echmann, früher am Stadttheater in Kiel, als Don José; beide zur Aufführung.

## Wochenspielplan.

**Neues Theater.** Sonntag, 7 Uhr: Carmina. Montag, 7 Uhr: Tannhäuser (Arbeiter-Bildungs-Institut). Dienstag, 6 Uhr: Siegfried. Mittwoch, 7 Uhr: Rigoletto (Vereinsvorstellung). Freitag, 6 Uhr: Götzermutter. Sonnabend, 7 Uhr: Hänsel und Gretel; vorher Die Puppenfee. Sonntag, 6 Uhr: Die Meistersinger.

**Altes Theater.** Sonntag, 13 Uhr: „Ab dafür“ (Vereinsvorstellung), 14 Uhr: Außenaufführung des Andenkens an Gustav Egonmann. Dienstag, 14 Uhr: Radames (Arbeiter-Bildungs-Institut). Dienstag, 15 Uhr: Wallenstein. Donnerstag, 15 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Freitag, 15 Uhr: Iphigenie auf Tauris (Vereinsvorstellung). Sonntag, 15 Uhr: Iphigenie auf Tauris (Vereinsvorstellung), 16 Uhr: Romeo und Julia (neu einstudiert).

**Operettentheater.** Sonntag, 3 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges (Vereinsvorstellung), 15 Uhr: Der lustige Riebik. Montag, 15 Uhr: Die lustigen Nibelungen. Dienstag, 15 Uhr: Wallenstein. Donnerstag, 15 Uhr: Die blaue Mazur. Donnerstag, 15 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Freitag, 15 Uhr: Iphigenie auf Tauris (Vereinsvorstellung). Sonntag, 15 Uhr: Die blaue Mazur. Sonntag, 15 Uhr: Hol' mich der Teufel (Vereinsvorstellung), 15 Uhr: Die lustigen Nibelungen.

**Schauspielhaus.** Sonntag, 3 Uhr: Die Kronbraut (Vereinsvorstellung), 15 Uhr: Zwischenspiel. Montag, 15 Uhr: Der Störenfried. Dienstag, 15 Uhr: Die Kronbraut. Mittwoch, 15 Uhr: Zwischenspiel. Donnerstag, 15 Uhr: Das Weib auf dem Tiere. Freitag, 15 Uhr: Der Zigeunerbaron. Sonnabend, 3 Uhr: Die blaue Mazur. Sonntag, 3 Uhr: Hol' mich der Teufel (Vereinsvorstellung), 15 Uhr: Das alte Heim.

**kleines Theater.** Sonntag, 14 Uhr: Reigen. 8 Uhr: Fräulein Lotte — meine Frau. Montag, 8 Uhr: Reigen. Dienstag, 8 Uhr: Fräulein Lotte — meine Frau. Mittwoch, 8 Uhr: Fräulein Lotte — meine Frau. Donnerstag, 8 Uhr: Reigen. Freitag, 8 Uhr: Fräulein Lotte — meine Frau. Sonnabend, 8 Uhr: Reigen. 8 Uhr: Der Werwolf (Gästspiel des Berliner Lustspielhauses). Sonntag, 8 Uhr: Der Werwolf (Gästspiel des Berliner Lustspiel



## Kleiderwaren

ungen Gebr. Riedel  
Bauherrstraße 38

Tag-Schnädel-Costüm, au-

Ind. Dauerstil d. höchst.

Lohn. Möbel-Arbeiter

König-Johann-Straße 2.

Büchseide zu mehrere

ind. Innenausbau bei böh.

Lohn sofort gesucht

Geldan. Elisenstraße 87.

**20 Männer**

1. Innenerarbeit ist. ein

Baugleich. Franz Wendt.

Umbau Carl Bauer.

**Ein fließender Fräser**

für Stuhlfabrik gesucht.

welcher mit allen übrigen

Werkzeugen vertraut ist.

Hermann Münert, Möbel-

fabrik, Kochstr. 1. Samen

**Zischler**

die mögl. schon auf Kosten

gearbeitet haben, gelucht

**Gulch & Co., G.m.b.H.**

Kolster- u. Lederm.-Fabrik

Wittenberger Straße 8

**Maschinen-Arbeiter**

1. Kraft f. Möbel- u. Bau-

stühle, d. dauernde, gut

gezahlte Stellung gesucht

Off. und V. 37 Filiale d.

Bl. Reiter-Straße 32.

**Schönwärtig arbeitender**

**Ginri-ster**

1. Pittler-Gimp. u. bier. u.

Schlüsse - Bierl., Autom.

z. sofort. Eintritt gesucht

Maschinenfabrik Relathardt

Co., Wollenhausstr. 10.

**Anzüge**

auch f. Bauchtrager u.

**Konfirmanden**

Konfirmandenanzüge

Frühjahrssanzüge

Sommerpaletots

Gummimäntel

Sommer-Joppen

Hosen aller Art

verkauft antrittig

**Barth**

Große Fleischergasse 1

**Der billige Kanner nur Eisenbahnstr. 5**

verkauft noch zu 1\*

auffallend billigen Preisen

wenig getragene

Maßanzüge

Schlüpfer

Hosen

Gummimäntel \*

**SCHNEREL**

Plauensche Str. 3/5

Telephone 10528

**Wirklich gut!**

**Wirklich billig!**

Wenig getragene

Maßanzüge

Schlüpfer

Hosen

Gummimäntel \*

**Cutaway**

lebt gut er-

halten, 350,-

Lind. Metzgerstr. 4, IV. r.

**Wurldenanzüge, 1. Schulz.**

Eisenreitgen verl. Scholz.

Gödönenstr. 41. Aufz. R. III.

**In der Rundnitze**

**Hosen-Zentrale**

kauf. Sie d. billigst. Hosen

Andres, Täubchenweg 65\*

**Herrenstoffe**

in verschleb. Qualitäten

leicht preiswert.

**Weigler,**

Windmühlenstraße 31. I\*

Mod. Damennäntel und

Kostümstücke billig zu ver-

kauf. Musterladen. E. Ulrich

Gödönenstr. 12. III.\*

**Decken Sie sich**

schleunig! noch ein

in billigen Herren- und

Damenhosen zu noch

billigen Preisen.

**empol.**

Lind. Hebelestraße 20. pt.

**Reizende Blumen**

taufen Sie d. dazu bei

Kelzetz, Südstr. 19. I\*

**Gang belohnbare**

**Geschenkstücksäftele**

Herr. Einz. u. Norm.

Hemd, weiße u. bunte

Blättchen, Hemdentücher,

Hand- u. Bildblätter,

Kleiderstücke extra

billig. Damen-Blüten

und Kleider. Weigler.

Windmühlenstr. 31. I\*

**Immer noch die billigen**

**Plauener Gardinen**

at. Post. Madras. Etamin.

Garnitur. Bettdecken. v.

Fürstentum. D. am Floßplatz.

**Teppiche**

Diwan. Decken

Tisch.

in Stoff und Plüscher

Läuferstücke

Stoff u. Plüscher

Matratz. - Dreiße

Gardinen

Rosenberger

Hainstraße 9. I\*

**Bürger**

WOHNUNGS-

EINRICHTUNGEN

Speise - Zimmer

Schlaf - Zimmer

Ruhebetten

Sofas

Küchen

in allen Farben, 7-teil.

Auf

Wunsch Zahlungs-

erleichterung

**N. FUCHS**

Kurprinzstr. 13.

**Gelegenheitsläufe!!!**

Konfirm., Herrn-

Anzüge

Militär-, neutr. u. sämtl.

**Hosen**

Militär-Joppen, Gummimäntel,

Mittell., Schuhwaren

gelehrte

Verhältnisse!!!

Konfirm., Herrn-

Anzüge

Militär-, Manches-

Pilot- und Arbeits-

Schuhe, Stiefel, Wäsche bill.

Küpp., Sternwartenstr. 2 I\*

**A**nzüge

all. Gr., auch für

Konfirmanden,

Schlüpfer,

Covercoats,

Gummimäntel,

Cutaway. West.

einzelne I\*

gestreift,

schwarz, Militär,

Böhle, Kaiserstraße 5

Damenhose, f. n. G. 38-39.

40. Promenadenstr. 25. III.

13. Höhe Damenhose, f.

38. g. Rab. Schulträger

z. d. Reudn. Els. II.

Brust. Konf. Anzüge

verkauft billigst

**Wadewitz**

Windmühlenstr. 33

Klein Laden. 1. Etage

**Konfirmandenanzüge**

ausverkauft billigst

**Wadewitz**

Windmühlenstr. 33

Klein Laden. 1. Etage

**Konfirmandenanzüge**

ausverkauft billigst

**Wadewitz**

Windmühlenstr. 33

Klein Laden. 1. Etage

**Konfirmandenanzüge**

ausverkauft billigst

**Wadewitz**

Windmühlenstr. 33

Klein Laden. 1. Etage

**Konfirmandenanzüge**

ausverkauft billigst

**W**

Ausstellung sämtl.

## Mess- muster

Neuheiten

## Korbmöbel

ganze Zimmerausstattung.

## Kinderwagen Kindermöbel.

Großhandlung

## Popp

gegründet 1883

Paporama, Rossmarkt 5

Filiale:

Mädler-Passage

Neumarkt 16.

\*

## Aquarien

Terrarien,

Tiere, Wassers-

sets, u. Durch-

hüll., Zippor.

Bontons usw.

A. Glaschke, Tauch. Str. 26

Zitt. frei. Kiel. Brod.

Montags. 1. Kl. Empf.

Fensterglas und

Spiegelglas aller Art

zu billigen Preisen.

Einzel- und Großverkauf.

\*

Noch die kostengünstigsten Preise.

Noch größte Auswahl.

## Wandstühle

für Küche ab 18 M.

Tischdecken beliebt

ab 45 M.

## Maritimen

Kappen

Uttentanzen

## Tapeten

welt berühmt

enorm billig.

## Bernh. Neißler

Eisenbahnausgabe 99

an der Elisabethstr.

\*

## Oswald Rudolph

Gravier-Anstalt

Kautschuk- u. Metall-

## Stempe

Tür- u. Firmenschilder

Festschriften

und

Zeitungsschilder

ab 1.600,-

# Zugänge Stiegelnbach

enorme  
Vorteile

**Emser**  
**Quellsalz**  
zum Garen bei Karlsruhe



Reformbetten-

Rockstroh,  
Inselsstraße 5, III.  
das bekannte, gut  
sortierte

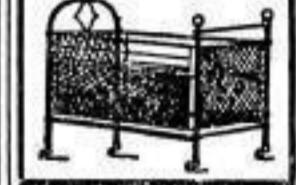
Spezial-Etagengeschäft  
Vorteilhafte Bezugss-  
quelle für

Reformbettstellen  
Kinderbettstellen

Polsterauflagen

Steppdecken  
Reformkissen

Reform-Unterbett.  
Überzeugen Sie sich von  
meiner Preiswürdigkeit!



Jed will mich  
bekannt machen,  
durch meine  
saubere und  
verständige Arbeit

Ferdinand Fischer

Hörnlecker, Berliner Str. 11

früh. Tauchaer Straße 10.

**UHN**

M. Kemski Nachf.

Leipzig

Nürnbergstr. 6

am Johannplatz

Verkauf : : : Reparaturen

Ford-Fischers

hellebte Uhren-

Reparat.-Anstalt

empfiehlt ihr

großes Lager

an Uhren u. Schmuckwaren

zu alten billigen Preisen.

Repar. m. 1 Jahr Garant.

Inhab. Hans Neldert.

Nur 10. Tauchaer Str. 10.

Skatspieler

finden ab 2 U.

Richtl.

W. Schäfer, Berliner Str. 26.

Kostümröcke aus praktischen Stoffen  
dunkelbl., braun m. Perlstickerei  
und Knopfverschlüssen

aus sportfarbigen Stoffen mit  
Knopfverschlüssen und Steppverlei

Oberhemdblusen aus getupftem  
Baumwollstoff

Oberhemdblusen aus blau weiß  
gestreiftem Baumwollstoff

Bluse, ca. 115 cm breit, große  
Tücher in vielen Farben Meter

Decken für Wettermäntel, ca.  
140 cm breit, grau und grün  
meliert

Mäntel, 140/190 cm groß

Schlafbezüge, 140/190 cm groß

Blumenhalter aus festem Stoff,  
gute Packform

## Spitzen

Gitter-Spitzen und Einfüsse, ca.  
4 cm breit

Tüll-Bolants, ca. 45 cm breit

Meter 58.00

Tüll-Bolants, schöne, mod. Muster,  
ca. 90 cm br., Meter 145.00 110.00

Metall-Bolants, eleg. Ausführung,  
ca. 90 cm breit, Meter 150.00

Bluse-Bolant in weiß und farbig,  
ca. 115 cm breit

Meter

9.75

48.00

95.00

125.00

235.00

98.00

135.00

78.00

120.00

98.00

185.00

98.00

78.00

98.00

46.50

## Seifen

Wernal-Kernseife

Doppelstück ca. 250 Gr.

7.50

Wernal-Kernseife

Doppelstück ca. 500 Gr.

15.00

echte Sonnenseife

8.50

Seifenputzer, 15 %

6.00

Tadellos" ca. 500 Gr.

7.50

Scheuerland "Fix-Fix"

ca. 1 Pfund

1.00

Feinseifen

Alpenmilch-Voraz-Seife

Stück

3.00

Niederselfe "Lac"

ca. 100 Gr.

6.50

Vifa-Seife mit Lavendel

ca. 140 Gr.

9.50

Käferseife

in Stangen

7.50

Käferseife in Aluminium-

hüllen

12.50

Butterseife

Stück

1.50

Stopvpilze

Stück

1.25

Druckknöpfe, schwartz und

weiß

Damenkrumpfhalter a.

autem Rüschenbaum

6.75

herren-Soden

karne, gestrich

Paar

12.75

herren-Soden

reine Wolle

Paar

19.75

herren-Schweinstoff

Paar 20.50

19.75

Borshenden

mit Kragen

weiß 20.50, farbig

19.75

Schillerkragen

Nios

49.50

Garnituren

Wohnden und Manschetten

49.50

Soeben erschien

Leo Trotzki

## Die Rote Armee auf der Wacht

(Rede auf dem IX. Sowjetkongress am 27. Dezbr. 1921)

Aus dem Inhalt: Verminderung der Armee / Der Kommandobestand / Die militärischen Lehranstalten / Wirtschaftliche Arbeit der Armee / Das Banditenum / Rumänien / Anhang: Resolution über die Rote Armee und die Rote Flotte / Beilage: Zwei schematische Darstellungen

Preis Mark 10.— (Organisationsausgabe Mark 5.—)





**DAS OSTERGESCHENK**

**FÜR DIE DAME  
EIN REISEBÜGELEISEN**

**THUGINA**  
THÜRINGER GASSELSCHAFT INSTALLATIONS-ABTEILUNG  
LEIPZIG  
FERNRUF 5985/1685/9014  
Döstrichring 15, Eisenbahnstr. 134

**Berlobungsringe**  
in 8- und 14-farbt. Gold  
In allen Größen vorrätig, trotz des hohen Goldpreis.  
verkauft, ist der Vorrat reicht, zu noch bill. Pre.  
**Immerglück, Ranstädter Steinweg 13**  
Dörfelstr. Glashaus v. Juvelen, Gold- u. Silberwaren  
Tel. 23 511



### **Das Tagesgespräch**

Wir bringen ein Programm, wie Sie es selten zu sehen bekommen. Sensationen über Sensationen wechseln mit fabelhaften Aufnahmen aus dem amerikanischen wilden Westen ab.

### **14 Akte**

Kommen! Sehen! Staunen!

## **CARO ASS**

III. TEIL:

## **CARO ASS**



### **Bestien der Steppe**

### **6 Akte**

IV. TEIL:



### **In den Krallen der Hyänen**

### **6 Akte**

### **Sowie Der Tiernarr**

### **2 Akte Lustspiel 2 Akte**

### **14 Akte**

umfasst unser reichhaltiger, erstklassiger Spielplan. Daher verblüffen Sie es nicht, sich denselben anzusehen.

**Anfang Sonntag 3 Uhr**

**Werbung für Dr. Oetker's Backpulver "Backlin"**

**Was ist ein Backpulver?**

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetker's Backpulver "Backlin" ein minderwertiges Backpulver verwendet.

Wenn sie sich um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten.

Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist selbst geschenkt - noch viel zutreuer.

Mit Dr. Oetker's Backpulver "Backlin" ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.

Ebenso empfehlenswert sind die bekannten Dr. Oetker's Puddingpulver, Dr. Oetker's Vanillinzucker.



## **Fahrräder**

Mars - Stöwer - Hercules - Meteor usw.

## **Bereifung, Zubehör**

Nur Qualitätsware - trotzdem preiswert

## **Rossberg**

49 Ranstädter Steinweg 49

## **Zöpfe, Wellenteile, Unterlägen**

zu alle übrigen Hilfsmitteln für die moderne Frisur finden Sie zu erschwinglichen Preisen in jeder Farbe u. bester handwerklicher Verarbeitung bei

**Friseur Schneider**  
LEIPZIG - Ecke FRANKFURTER- u. LEIBNIZSTR.  
(STRASSENBAHNEN 3, 15, 17, 21)

Vorführung u. Beratung kostenfrei u. ohne Kaufpflicht



## **Damentaschen**

Hochelagante Neuheiten!  
Sollide Qualitätsware  
Direkter Verkauf ab Fabrik!  
Eig. Fabrikation u. Reparaturwerkstatt.

Größte Auswahl

**Karl Blaich** Windmühlenstr. 32  
Taunder Straße 16

**Dauerwäsche** nur mit  
alle Formen und Weiten.  
Spezialität: Extra starke Ware.

**MaxWeil, Brühl 15.**

## **Achtung Arbeiter!**

Billigste Bezugsquelle

in allen Lacken, Lackfarben  
sowie Kreide und Malfarben

habt Ihr nur im  
Neuen Farbengeschäft von Erich Lehmann

Stötteritzer Straße 6b.

**Zähne Plomben** von 15 Mk. an  
unter Garantie

Umerbeiten schlechtsitzender Gebisse  
und Reparaturen in wenigen Stunden

**Zahn-Praxis MEWALD** Sprechzeit:  
Wochent. 8-7Uhr  
Sonntags 9-2Uhr

Fernsprecher 12534

**Kupfer, Messing, Blei  
Quecksilber, Eisenbruch  
Lumpen, Zeitungen, Bücher**  
kauf laufend jeden Posten bei sofortiger Kasse  
**Paul Müller, Seeburgstr. 22**  
Telephon 5769 - 25769.

Gegründet 1885 Billigste Preise gutgepflegter Telephon 8005  
Weine Kognaks Liköre  
Verkauf in meinen Kellereien Reichsstraße 33/35. vormals Gustav Altkuckatz R. Rausch Weingroßkellerei.

**Für Konfirmation u. Osterfest**  
empfiehlt mein reichhaltiges Lager an.  
**Weiss-, Rot- u. Süßweinen** (30 verschiedene Sorten)  
**Kognak, Rum usw.** (17 verschiedene Sorten)  
**Liköre** von Hamps, Kantorowitz, Hirsch usw. (über 40 verschiedene Sorten)  
zu noch sehr mäßigen Preisen, teilweise weit unter heutigen Einkaufspreisen

**Richard Steckner, Lindenau, Dörrmeringstr. 26**  
Gegr. 1885 • Erste u. älteste Weinhandlung des Westens. • Fernspr. 43178  
Lieferung frei Haus für Leipzig und Vororte.

**Saatkartoffeln**  
frühe und späte Sorten, aus Sandboden, offeriert in Päckchen u. auch zentnerweise  
**Richard Jausch, Leipzig.**  
Hauptgeschäft: Dresdner Bahnhof, Lobeplatz 5.  
Zweiggeschäft: Blasewitz, Ringstraße 5.  
Telephon 12120 u. 19630.

**Uchtung! Neueröffnet!**  
**Besonders preiswerte Angebote**  
in Normal- und Matrosen-Wäsche,  
Damen-Schlupfhosen u. Strümpfe.  
**Trifotagenhaus Sophienstraße 1.**

**Blusen Röcke Flanelle**  
gestrickt, weiche Voll-Volle, gestickte Völle - Volants für Sommer Kleider. Etwas noch zu staunend billigen Preisen. Überzeugen Sie sich u. Sie werden kaufen.  
**Schmidt & Grünberg**  
G. J. b. H.  
Sporgärtchen 14, II  
an der Bürgestraße.

Treiswerte und gute  
**Möbel**  
neu und gebraucht! W. NERLING  
Banerische Straße 32.  
Starke, tragfähige

**Alle Düngemittel**  
für Garten u. Feld liefern  
Günther, Hallmann & Co.,  
Leipzg.-Pl. Rauchstr. 33  
Telephon 40653  
Herbstsche Osten  
Udo Tora. u. Dörrgartenstr. 1  
Baumschule Delitzsch.



## Amtliche Bekanntmachungen.

### 1000 Mark Belohnung.

Aus einem Lagerraume in dem Hause Brandenburger Straße 16b sind innerhalb der letzten vierzehn Tage  
5 Ballen Bergamenterahmpapier, jeder Ballen  
158 kg Bruttogewicht, in Holzrahmen, mit Eisenbändern versehen und geschnitten O. K. 2801,  
2867, 2872, 2878 und 2885,  
entnommen worden.

Auf Ermittlung des Diebes sowie auf Wiedererlangung der gestohlenen 5 Ballen Papier hat die rechtmäßige Firma eine Belohnung von je 100 Mk.  
ausgesetzt, deren Verteilung durch das Postamt unter Ausnutzung des Rechtsweges erfolgen soll.

Sachdienstliche Maßnahmen werden schnellstens an die Kriminelle Abteilung erbeten zu Kt.-R. IV 602/22 Leipzig, den 24. März 1922.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

### Freigabe von Kohlenmarken.

Die Marken  
E 1 - E 4 der Haushaltsscheine,  
B 1 - B 2 gelben Zulassarkarte,  
9-10 der Kohlenkarte für Haushalte ohne Gas,  
B 3 - Zulassarkarte für Haushalte mit Untermietern,  
C 4 - Zulassarkarte für Haushalte mit Untermietern,  
6 - grünen Gewerbehochkarten,  
6 - roten  
5 - blauen  
4 - weißen  
6 - Kohlenkarte für Centralheizungen,  
6 - Kohlenkarte für Heizöle werden zur Belieferung freigegeben.

Die Kohlenhändler dürfen bei den zentralen Centralheizungen und Gewerbebetrieben mit Ausnahme der Krankenhäuser, Kliniken, Spezialanstalten, Volksküchen, Bäder, Aerzte, Apotheker sowie Fleischerei für die Belieferung der Wurstherstellung mit Wurstteilen erst dann beliefern, wenn die Belieferung der Haushaltungen nach Mängelgabe der tatsächlichen Eingangsergestellt ist.

Die Kohlenhändler dürfen einen Kunden, der bei ihnen nicht angemeldet ist, nicht beliefern.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden auf Grund von § 31 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. Dezember 1920 in Verbindung mit dem Gesetz vom 21. Dezember 1921 (R.-G.-Bl. S. 1634) mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann im Falle des nördlichen Zuverhandelns auf Einziehung der Brennstoffe, in dem von 3. April 1922 ab eintrittenden Unter-

auf die sich die Zuwidderhandlung bezieht, erkannt werden ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.  
R. A. 197. 22.  
Leipzig, 24. 3. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Spernung des Landbezugs von Brilets.**  
Der mit Bekanntmachungen vom 18. März, 1. September, 15. Oktober und 6. Dezember 1921 zugelassene Landbezug von Brilets wird hiermit aufgehoben. Es können danach bis auf weiteres Landbezugsscheine für Brilets nicht mehr ausgestellt werden.  
R. A. 197. 22.  
Leipzig, 24. 3. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die von der Großen Leipziger Straßenbahn ausgegebenen 20-Wennig-Guthabenmarken werden eingesogen. Sie werden bis zum 15. April d. J. von den Schaffnern und von den Kassenstellen der Straßenbahn in Zahlung genommen oder eingewechselt. Vom 16. April an sind jene Wertmarken ungültig.  
Leipzig, 25. 3. 22. Der Rat der Stadt Leipzig.  
(Straßenbahnamt.)

**Sparfasse Naumburg.** Wegen Reinigung  
Montag, den 27. und Dienstag, den 28. März 1922, ist es offen.

**Allgem. Ortskassenkasse Leipzig-Land**  
Auf Grund des Beschlusses des Kassenausschusses vom 20. Dezember 1921 und der hierzu ergangenen Genehmigung des Oberverfertigungsamtes wird bekanntgegeben, daß der Kassenvorstand am 9. März 1922 beschlossen hat, mit Wirkung vom 3. April 1922 ab die Hobenkasseinteilung sowie Feststellung der Grundlöhne wie folgt abzuändern bezw. zu ergänzen:

Klassen I bis X wie bisher  
Klassen XI Tagesverd. über 53-84% Grundl. 60.-  
" " 64-75 " " 70 "  
" XIII " 75 " 80 "  
Entsprechend dieser Änderung beträgen die Beiträge nach einem Satz von 6 v. d. des Grundlohnes vom 3. April 1922 ab

in Klassen I bis XI wie bisher  
in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.  
Mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Höchstgrundlohn von 80% zu belästigen, ist unsualöslich. Eine Ummeldung ist nicht notwendig, sofern die tatsächlichen Besüge bereits richtig gemeldet sind.  
Die Grundlohnsteigerung hat auf folge, daß

in Klasse XII 25,20% in Klasse XIII 28,80% pro Woche.

mit Rücksicht auf die Feststellung des Höchstgrundlohnes auf 80% ergebt an alle meldepflichtigen Arbeitgeber hiermit das Erlösen, binnen 8 Tagen die Besüge (Tageslohn, Wochenlohn usw. sowie etwaiger Sachbezüge) in der Höhe anzugeben, wie sie tatsächlich den Höchstlöhnen gewohnt werden. Die Angaben des Entgeltes auf den Hö